

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 23. September 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße Nr. 12.

Kollegen! gedenkt der im Kampfe befindlichen Arbeitsbrüder!

Inhalt: Die elektrotechnische Industrie. I. — Grundsätze zur Verhütung von Unfällen an Schmirgelscheiben. — Die Massen- aussperrung in Dänemark. — Der englische Gewerkschafts- kongress. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vor- standes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro August 1899. — Rundgebung der Zentralkommission für Banarbeiterschutz. — Rundschau. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach; von Bauschlossern nach Leipzig; von Brettformschlägern nach Fürth Str., Schwabach u.; von Drechern nach Reichensbach im Bgtl. (J. C. Braun); von opt. Glasarbeitern nach Rathenow u.; von Feilenhauern nach Braunschw. nach Chemnitz (Fomm) u.; von Flaschnern (Klempnern) nach Altona, Bergedorf, Bremen, Cöln a. Rh., Elberfeld, Hamburg, München, Salingen, Stuttgart, Wehrsdorf; von Formern und Gießereiarbeitern nach Brandenburg, nach Cammstatt (Sirma Group) D., nach Götz bei Coswig (Schürmann), Grimmitzhan (Msch. Franz) Str., nach Freß (Schmidt), nach Frankenbergl. Sachl., nach Gerz Str., nach Halle-Süßdorf, Landshamer, Prosen-Grödtz, Burghammer und Riesa u., nach Leipzig und samml. Bororten Str., nach Luda u., nach Markranstädt, nach Meerane, nach Meissen (Schindler & Grünwald), nach Wittweida, nach Neuburg a. S., nach Oelsnik, nach Rathenow (Otto Schmidt), nach Radebeul, nach Röhren i. S. (Sternkopf & Kluge) D., nach Stuttgart-Berg, nach Torgelow, nach Zeitz, nach Zützenhausen (G. Kubn); von Dampfformern nach Bielefeld (W. Kraemer) D.; von chir. Instrumentenmachern nach Entlingen D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Elberfeld (Fr. Käseberg), nach Leipzig-Gohlis (Kochmann & Co.), nach Nordhausen a. S. (Deutsche Tiefbauaktiengesell- schaft) u., nach Wien B. & G. Störting; von Schleifern nach Zittau Nänomenfabrikwerke u.; von Schlossern und Maschinenbauern nach Greiz, nach München; von Schloßbauern nach Großsch; von Schmieden nach Göttingen (Dsch) Str.; von Stemmern nach Hensburg (Schiffsbauges.) Str.; von Werkzeugmachern nach Erfurt (Schellenberg & Lindner); von Zinngießern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aus- sicht; u.: Vohubebewegung; u.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akford-Reduktion.)

Die elektrotechnische Industrie.

I.

Zu den blühendsten Industrien inmitten der allge- meinen wirtschaftlichen Prosperität gehört unstreitig die Elektrotechnik, die von Jahr zu Jahr an weiterer großer Ausdehnung zunimmt. Im Jahre 1898 hat sie auf verschiedenen Gebieten weitere Fortschritte ge- macht, über die die „Wiener Zeitung“ folgende zu- sammenfassende Uebersicht gibt: „Außer der rasch zu- nehmenden Verwendung des elektromotorischen Betriebes in der Industrie und bei Straßen- und Vohbahnen sind im letzten Jahre durch Verbesserung der Akkumu- latoren die elektrischen Automobile in Nordamerika, England und Frankreich zahlreich zur Einführung ge- langt. Im Telegraphen- und Telephonwesen ist es gelungen, nach dem System Marconi bis auf 18 Kilometer drahtlos zu telegraphiren. Ferner hat Professor Bickler in Brünn seine vielversprechenden

Versuche mit der von ihm erfundenen lichtelektrischen Telegraphie gemacht, welche, wenn sie sich praktisch bewährt, das Telegraphiren auf weit größere Distanz ermöglichen würde, wobei außerdem noch der Vortheil besteht, daß das Depechengeheimniß gewahrt werden kann, was bei Marconi nicht der Fall ist. Die Elektrochemie hat in diesem Jahre große Fort- schritte gezeitigt, besonders in der Reinigung der Metalle von anderen Bestandtheilen. In Amerika sind Fabriken errichtet worden, in welchen täglich 1150 Kilogramm Silber und jährlich 2040 Kilogr. Gold auf elektrolytischem Wege gewonnen werden. Die meisten Erfolge hat die Elektrotherapie aufzu- weisen. Ob die Wirkung der lichtelektrischen Bäder den Wärmestrahlen oder den Lichtstrahlen oder beiden zusammen zuzuschreiben ist, darüber werden jetzt an der Wiener Poliklinik durch Professor Wintermiz umfang- reiche Versuche angestellt. Die Röntgenstrahlen haben sich durch die Verbesserung der Crooke'schen Röhren als besonders erfolgreiche Heilfaktoren bei Lupus und Haut-Tuberkulose erwiesen. Die schädliche Wirkung der Strahlen auf die gesunden Hautstellen hat Professor Niels Finsen in Kopenhagen dadurch beseitigt, daß er ein gewisses farbiges Licht in den Strahlen abzuleiten vermag. Seitdem haben sich die Röntgenstrahlen auch als tödtlich für die Bakterien erwiesen und werden bereits im Münchener hygieni- schen Institut als Desinfektionsmittel angewendet. Aus Frankreich wird sogar neuestens gemeldet, daß die Einwirkung des elektrischen Lichtes auf und durch den Körper sich als sehr heilsam für gewisse Krankheiten er- wiesen hat. In der Beleuchtungs-Elektrizität sind noch zu nennen die neuen Glühkörper von Nernst und Auer, die sich durch große Lichtstärke auszeichnen sollen.“

Die deutsche elektrotechnische Industrie hat ihre führende Stellung in Europa behauptet und weiter befestigt, so daß sich damit bereits das Ausland be- schäftigt. In Paris ist vor Kurzem darüber ein Buch er- schienen, das von dem Elektrizitäts-Ingenieur der Stadt Paris, Laffargue, und dem Deputirten Charles Bos verfaßt worden und das die Pariser Presse wie- der einmal zu recht pessimistischen Betrachtungen ver- anlaßte. Man besürchtet, daß bei den riesenhaften industriellen Fortschritten Deutschlands, zu denen die starke Verbreitung der elektrischen Energie wesentlich beiträgt, die Weltausstellung von 1900 so etwas wie ein „Sedan in Friedenszeiten“ werden könnte. Sicher ist, daß auf industriellem Gebiete Frankreich von Deutschland überflügelt worden ist und daß es diesen Vorsprung kaum jemals mehr wieder einholen können.

In welchem Maße bereits in Deutschland die An- wendung der Elektrizität stattfindet und sich immer noch weiter entwickelt, zeigt eine von der „Berliner Elektrotechnischen Zeitschrift“ gemachte Zusammenstell- ung für den Zeitraum vom 7. März 1898 bis zum 1. März 1899. Darnach übertrifft die Zunahme des Baues elektrischer Zentralen im genannten Zeitraum jene der früheren Jahre noch um ein Erhebliches. Es sind nämlich nicht weniger als 114 Werke neu in Betrieb gesetzt worden, so daß am 1. März 1899 in Deutschland 489 Elektrizitätswerke gegen 375 im Vor- jahr vorhanden waren. Von den in der Statistik als noch im Bau befindlich angeführten Werken sind in- zwischen weitere 15 Werke in Betrieb gesetzt worden; die Gesamtzahl aller gegenwärtig im Betrieb befind- lichen Werke beläuft sich demnach auf 504. Von

diesen sind 486 Werke im Laufe des letzten Jahr- zehnts, die übrigen vor Ende des Jahres 1888 er- richtet worden. Von Interesse ist, mit diesem schnellen Fortschritt im Bau elektrischer Zentralen die Entwick- lung der Gasanlagen in Deutschland zu vergleichen. Die Geschichte der Gasanstalten in Deutschland blickt auf einen Zeitraum von ungefähr 75 Jahren, diejenige der elektrischen Zentralen auf einen solchen von etwa 15 Jahren zurück. In der langen Zeit von drei Viertel Jahrhunderten sind 816 Gaszentralen errichtet worden, dagegen in anderthalb Jahrzehnten 504 Elek- trizitätswerke. Von Ende 1895 bis Ende 1898 be- trug die Zunahme der Gaswerke 62, die der Elektri- zitätswerke 261. Der Gleichstrom wird in 394, also in 80 Proz. aller Werke angewendet; 33 Werke haben Wechsel- und Drehstrom, 2 monozyklische Generatoren, 27 gemischte Systeme. Von den erstgenannten 394 Werken arbeiten 361 mit und 33 ohne Akkumulatoren. Als Betriebskraft kommt bei 290 Werken Dampf zur Anwendung; 55 Werke haben Wasserbetriebskraft, 21 Gas, je 1 Werk Druckluft, Elektromotor- und Dreh- strom-Gleichstrom-Umformer, 117 gemischte Systeme, davon 103 Wasser und Dampf. Was die Leistung anbelangt, so besitzt noch immer die Hälfte aller Werke weniger als 100 Kilowatt Gesamtkapazität; 184 haben eine solche von 101 bis 500, 20 von 501 bis 1000, 23 von 1001 bis 2000, 13 von 2001 bis 5000 und 4 von 5001 bis 12,000 Kilowatt. Das größte Elektrizitätswerk Deutschlands sind gegenwärtig die Kraftübertragungswerke Rheinfelden mit 12,000 Kilowatt; dann kommt die Centrale Zollvereinsnieder- lage in Hamburg mit 7033, Centrale Spandauer- straße Berlin mit 6708, Centrale Mauerstraße und Schiffbauerdamm Berlin mit 5486 und 4828, Frank- furt a. M. mit 4152, Straßburg i. E. mit 3820, Dresdener Lichtwerk mit 3580, Centrale Poststraße Hamburg mit 3150, Oberspree Berlin mit 3000 Kilo- watt zc. Die Zahl der im Ganzen angeschlossenen Glühlampen stellte sich im letzten Jahre auf 1,940,744 (Vorjahr 1,429,601), der Bogenlampen auf 41,172 (32,586), Elektromotoren auf 68,629 (35,867) Pferde- stärken.

Für die Vermehrung der elektrischen Zentralen in Deutschland ist noch ein weites Feld vorhanden. Die 28 Städte mit über 100,000 Einwohnern haben bereits ihre Elektrizitätsanlagen, jedoch sind wohl die meisten derselben fernerer Erweiterung fähig; von den 30 Städten mit 50,000 bis 100,000 Einwohnern sind deren noch 8 ohne elektrische Centrale, von den 71 Städten mit 25,000 bis 50,000 Einwohnern haben noch 35, von den 288 Städten mit 10,000 bis 25,000 Einwohnern noch 235 und von den 2714 Städten unter 10,000 Einwohnern noch 2392 kein Elektrizitätswerk. Außerdem bieten der Anwendung der Elektrizität und der Bethätigung der Elektrotechnik die Industrie und Landwirtschaft ein unermeßlich weites Gebiet. In letzterer Beziehung war sehr be- merkenswerth die im Juni in Frankfurt a. M. stattgefundene landwirtschaftliche Ausstellung, wo ein elektrischer Pflug und ein „elektrisches Gehöft“ ausgestellt war und in Betrieb gezeigt wurde. Das elektrische Gehöft hatte den Zweck, den Besuchern der Ausstellung die verschiedenartige An- wendung der elektrischen Kraft übersichtlich vorzuführen, die in vierfacher Weise geschieht: 1) Elektrische Be- leuchtung, 2) Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen sowie Bodenbearbeitung, 3) Kochen und Heizen, 4)

Nachtlichtentzündung durch Fernsprecher, Läutewerke, Fernrufer etc.

Der ganze Landwirtschaftsbetrieb einschließlich der Ställe und Futterkammern kann durch Glühlicht elektrisch beleuchtet werden. Außer dem Pflug können elektrisch angetrieben werden: Dreschmaschinen, Strohprelle, Schrotmühle mit Walzen, Häckselmaschine, Futterquetsche, Rübenschnelher, Buttermaschine etc. Ein elektrisches Gebläse bedarf nur einer großen Kraftquelle, die ein einziger Maschinist bedienen kann. Dann rotieren die fleißigen Elektromotoren allerorts, draußen auf den Feldern, drinnen in den Scheuern und der Motor kann auch von einem ungelerten Arbeiter ohne Bedenken versorgt und behandelt werden. Die Elektrizität ist eben Trumpf auch in der Landwirtschaft.

Welche Fortschritte im Einzelnen die elektrotechnische Industrie im verflossenen Jahre gemacht hat, lassen die Berichte der größten Berliner Firmen deutlich erkennen und zwar diejenigen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Berliner Elektrizitätswerke, der Elektrizitätsgesellschaft „Union“, der Elektrizitäts-Vereinsgesellschaft vorm. Schudert & Co., Zweigniederlassung Berlin und der Aktiengesellschaft Nit & Genest. Die Allgem. Elektrizitätsgesellschaft führt aus, daß die Fortschritte im Bau der Dynamomaschinen und die Apparate zur Verteilung und Messung der Elektrizität der Elektrotechnik immer weitere Gebiete erobern, wobei im Vordergrund die zu hoher Anerkennung gelangte elektrische Kraftübertragung steht. Die Unternehmung war in allen Abteilungen ihrer zahlreichen Betriebe und Fabriken mit lohnenden Aufträgen reichlich versorgt; Schwierigkeiten bereitete nur die rechtzeitige Herbeischaffung der Materialbezüge von fremden Werken. Hergekauft wurden im Berichtsjahre 9455 Dynamomaschinen mit 173,200 Pferdekraften, außerdem Elektrizitätszähler, Bogenlampen und Meßinstrumente in großer Zahl und am Schlusse des Jahres haben für alle Abteilungen umfangreiche Aufträge vorgelegen. Die Gesellschaft hat ein eigenes Kupferwalzwerk, in dem sie den direkten elektrischen Antrieb der Walzenstrassen eingerichtet, welche bisher wohl noch nirgends ausgeführte Betriebsart sich vorzüglich bewährt habe. Die zu dem Unternehmen gehörige Glühlampenfabrik hat 1898 um ca. 1 Million Lampen mehr als 1897 erzeugt, eine Steigerung der Produktion, wie sie noch nie da war. Die Entwicklung der elektrolytischen (Nernst-)Glühlampe schreitet voran und soll noch in diesem Jahre auf den Markt gebracht werden. Im Berichtsjahre wurden 25 Zentralstationen mit 33 Millionen Mark neu erbaut oder erweitert, außerdem noch 4 für die Elektrizitäts-Versorgungsgesellschaft, welche bereits 21 größere und kleinere Elektrizitätswerke betreibt. Die Allgem. Elektrizitätsgesellschaft hat in 22 Städten Zweigniederlassungen in eigener Verwaltung und beschäftigt über 13,000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Bezüglich der Ersteren wird bemerkt, daß ein Mangel an geschulten Arbeitern in keinem Betriebe vorhanden war und daß eine „bemerkenswerthe Steigerung“ der Löhne stattgefunden habe. Ist diese Angabe richtig, so wird die Lohnsteigerung wohl notwendig gewesen sein, denn wir erinnern uns noch einer vor längerer Zeit in Berlin stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Werkstätten der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft beschäftigte und in der eine traurige Schilderung von denselben gegeben wurde; so wurde angeführt, daß der Stundenlohn bei Akkordarbeit nur 25 bis 27 J betrage! Hoffentlich ist es in dieser Beziehung heute erheblich besser.

Erwähnenswert ist aus diesem Berichte noch die Feststellung, daß sich die Acetylenbeleuchtung immer mehr einbürgert, namentlich in Stabtanlagen, Bahnhöfen, Waggonbeleuchtungen etc. und daß auch das Calcium-Carbid immer mehr Verwendung findet, so daß die Nachfrage größer als das Angebot ist.

Grundsätze zur Verhütung von Unfällen an Schmirgelscheiben.

Die zahlreichen Unfälle, die in Folge des Zerpringens von Schmirgelscheiben entstehen, haben den Gewerbeinspektor zu Marienwerder veranlaßt, folgende Grundsätze über die Anschaffung, Aufstellung, Betrieb und Schutzvorrichtungen der Schmirgelscheiben aufzustellen, die wir dem westpreussischen Inspektionsbericht zu Rath und Schutze unserer an Schmirgelscheiben beschäftigten Kollegen entziehen:

1. Anschaffung.

1. Schmirgelscheiben sollen nur von anerkannt guten und zuverlässigen Firmen bezogen werden.

2. Der Fabrikant muß dem Käufer Gewähr bieten für die Güte des Materials und insbesondere für die

gute Beschaffenheit des bei Herstellung des Steines verwendeten Bindemittels.

3. Der Fabrikant von Schmirgelscheiben muß gegebenen Falls nachweisen können, daß die Widerstandsfähigkeit des Scheibenmaterials durch fortlaufende Untersuchungen geprüft ist.

4. Auf jeder Schmirgelscheibe sollen folgende Angaben verzeichnet sein: Name des Fabrikanten, höchste zulässige Umdrehungszahl, die Art des zur Scheibe verwendeten Bindemittels. Damit diese Angaben sich nicht beseitigen lassen können, ist ihre Einprägung mittelst Stempels zu empfehlen.

2. Aufstellung.

1. Jede Schmirgelscheibe ist bei Verladung und Transport vor Stoß sorgfältig zu wahren. Bevor die Aufstellung beginnt, empfiehlt es sich, die Scheibe durch vorsichtiges Abklopfen mit einem leichten Hammer auf etwaiges Vorhandensein von Rissen zu prüfen. Wird durch den bei leichtem Abklopfen sich ergebenden Klang festgestellt, daß die Scheibe Risse enthält, so ist sie überhaupt nicht in Betrieb zu nehmen.

2. Die Welle, auf welche die Schmirgelscheibe aufgezogen werden soll, muß so stark sein, daß die Möglichkeit des Durchbiegens ausgeschlossen ist. Die Wellenzapfen müssen, außer genügender Stärke, eine große Auflagefläche haben. Diese wird dadurch erreicht, daß die Zapfenlänge etwa 4mal größer genommen wird, als der Zapfendurchmesser. Die Welle darf sich innerhalb der Lager nicht seitlich verschieben lassen.

3. Hauptsache für einen gefahrlosen Betrieb ist eine sehr sorgfältige Aufstellung der Scheibe. Vor Allem muß der Schwerpunkt der ganzen rotierenden Massen im Wellenmittelpunkt liegen.

4. Die Ausbohrung der Schmirgelscheibe muß mindestens 2 mm im Durchmesser größer sein als der Durchmesser der Welle, auf der die Scheibe aufgezogen werden soll. Es ist zulässig, den dadurch entstehenden Zwischenraum zwischen Lochwandung und Wellenumfang mit einem leichtschmelzenden Metall (Blei) auszufüllen.

5. Niemals darf eine Schmirgelscheibe auf einer Stelle durch Keile (Holz-, Metall-) befestigt werden. Auch ist es niemals zu gestatten, daß Schmirgelscheiben durch Aufhängen an konische Wellen mit ihren Lochwandungen auf den Wellenumfang aufgepreßt werden. Deshalb sind konische Wellen von vornherein für Schmirgelscheiben zu vermeiden.

6. Als zulässig ist nur die Befestigung der Scheibe auf der Welle mit eisernen Seitenbaden zu erachten. Der eine der beiden Seitenbaden legt sich gegen einen festen Bund der Welle, während der andere, nachdem inzwischen die Scheibe auf die Welle gebracht und bis zur ersten Seitenbade geschoben worden ist, mit einer Mutter, für die das Gewinde in die Welle eingeschnitten ist, angezogen wird. Gegenmutter ist zweckmäßig, um ein Lösen der Verbindung möglichst zu verhindern. Zu starkes Anziehen der Mutter ist zu vermeiden. Zwischen den Scheiben und Seitenbaden ist eine 2-3 mm gleichmäßig starke trockene Papp- oder Gummiplatte zu legen. Das Anziehen (Festmachen) der Seitenbaden durch Keile ist unzulässig.

7. Nach der Größe des Steines ist der ganze Unterbau der Schleifmaschine zu bemessen. Hierbei ist zu beachten, daß eine Schleifmaschine, die sorgfältig in allen ihren Theilen aufgebaut wurde, das Fundament weniger beanspruchen wird, als im gegenwärtigen Falle, sodaß also für eine vorzüglich aufgebaute Schleifmaschine ein verhältnismäßig leichter Unterbau genügen wird. Die Seitenböcke der Schleifmaschinen, die die Wellenlager aufnehmen, sind durch hinreichend starke Schrauben auf dem Fundament zu befestigen. Für leichte Scheiben wird es genügen, die Maschine auf starke Schwellen zu stellen, die entweder in das Erdreich eingelassen oder bei Aufstellung in höher gelegenen Räumen fest mit der Balkenlage der Decke verbunden sind.

3. Betrieb.

1. Nach vollendeter Aufstellung ist zunächst zu prüfen, ob die Scheibe schlenbert (schlägt). Ist dies der Fall, so ist sie nachzudrehen oder es ist die Verlegung des Schwerpunktes nach dem Wellenmittelpunkte durch richtiges Ausziehen der Befestigungsbaden mit Blei zu erstreben.

2. Durch richtige Wahl der Durchmesser der Riemenscheiben ist eine Ueberschreitung der höchst zulässigen Umdrehungszahl der Schmirgelscheibe zu verhindern.

3. Die Umdrehungszahl einer Scheibe ist so zu bemessen, daß die Umfangsgeschwindigkeit der Scheibe, die vom jeweiligen Durchmesser derselben abhängig ist, nicht mehr beträgt als:

25 m pro Sekunde für Schmirgelscheiben mit Gummibindemittel,¹⁾

15 m pro Sekunde für Scheiben mit mineralischem Bindemittel,²⁾

35 m pro Sekunde für Scheiben mit gewölbter Flanke (in der Mitte stärker als am Rande).³⁾

4. Wenn auf einer Schmirgelscheibe sich keine Angaben über die höchst zulässige Umdrehungszahl finden, so ist diese so zu bemessen, daß die Umfangsgeschwindigkeit nicht 15 m pro Sekunde übersteigt.

5. Der Antriebsriemen muß innen glatt sein. Er darf nicht schlagen; für ein allmähliches Inganggehen des Steines ist Sorge zu tragen. Die Wellenlager sind vor Staub zu schützen, häufiger nachzusehen, zu reinigen und zu ölen.

6. Wird zum Antrieb einer Schmirgelscheibe eine Riemenscheibe genommen, so ist in deren Nähe ein Anschlag anzubringen, die dem Arbeiter Anstauung gibt, auf welche Scheibe der Treibriemen, je nach der Größe des Schmirgelsteines, aufgelegt werden soll.

7. Wird die Schmirgelscheibe elektrisch angetrieben, dann ist an dem Motor anzugeben, welche Schaltung der zulässigen Umlaufzahl des Steines entspricht.

8. Ungleichmäßig starkes Andrücken des zu schleifenden Gegenstandes an die Schleiffläche erzeugt ein Unrundwerden der letzteren. Es ist zweckmäßig, durch ein geeignetes Gestell eine Handauflage zu schaffen, die verschiebbar einzurichten ist, um dem Umfange der Scheibe, auch bei ihrer Abnutzung, immer nahe zu sein.

9. Die Handauflage darf keinen erheblichen Zwischenraum zwischen sich und dem Scheibenumfang lassen, um das äußerst gefährliche Zwischenklemmen des Schleifobjektes zu vermeiden.

10. Wird eine mechanisch bewegte Vorrichtung (Support) zur Aufnahme des zu schleifenden Gegenstandes angebracht, so ist dabei sorgfältig zu vermeiden, daß das Werkstück zu fest an die Scheibe gepreßt wird.

11. Ist eine Schmirgelscheibe unrund geworden, so muß sie mittelst Diamant- oder Fräswerkzeug abgedreht werden. Ist dies in der eigenen Anlage nicht zu bewerkstelligen, so sind die unrunder Scheiben von einer dazu geeigneten Fabrik nachdrehen zu lassen. Es ist streng verboten, unrund gewordene Scheiben durch Abhämmern rund machen zu wollen. Dadurch können die für den Betrieb so gefährlichen Risse im Scheibenmaterial entstehen.

12. Dünne Schmirgelscheiben, z. B. solche zur Schärfen der Sägezähne, sind bei zu starker Anpressung des Schleifstückes bei Unrundwerden und sonstigen Unregelmäßigkeiten leichter der Gefahr des Zerpringens ausgesetzt als starkwandige und daher mit größter Sorgfalt zu behandeln.

13. Es ist unbedingt erforderlich, daß jede Schmirgelscheibe öfters, bei angestrengtem täglichen Gebrauch aber alle Tage genau auf das Vorhandensein von Rissen, unrunder Stellen oder anderen Fehlern, die das Zerpringen begünstigen, untersucht werde. Als fehlerhaft befundene Scheiben sind sofort außer Betrieb zu setzen. Besteht der Fehler im Unrundlaufen, so ist die Scheibe erst abzdrehen, bevor sie wieder in Betrieb genommen wird.

4. Schutzvorrichtungen.

Das Zerpringen von Schmirgelscheiben hat die schwersten Unfälle, denen oft Menschenleben zum Opfer fielen, herbeigeführt. Als Ursache des Zerpringens sind anzusehen:

1. Die Schmirgelscheiben sind bei der Herstellung nicht vollkommen getrocknet worden, weshalb das für den Schmirgel gebrauchte Bindemittel nicht wirken konnte und dadurch die Festigkeit der Scheibe gemindert wurde. — Hinlänglichen Schutz gegen derartige Vorkommnisse wird die durch den Lieferanten zu gewährleistende Sorgfalt bei Herstellung der Scheibe gewähren (vgl. I, 1-4).

2. Die Schmirgelscheibe ist nicht sachgemäß auf die Welle aufgebracht worden (vgl. II).

3. Die Ueberschreitung der zulässigen Umdrehungszahl der Scheibe, die eintreten kann bei unrichtiger Uebersetzung der Antriebscheiben, bei Durchgehen des Motors u. s. w. (vgl. III, 2-7).

4. Lücken auf der Schleiffläche der Schmirgelscheibe, die durch Ausbrechen von Stücken entstehen.

¹⁾ bei 20 Ctm. Durchm. = 2400 Touren, bei 30 Ctm. Durchm. = 1600 Touren, bei 40 Ctm. Durchm. = 1200 Touren pro Minute.

²⁾ bei 20 Ctm. Durchm. = 1433 Touren, bei 30 Ctm. Durchm. = 955 Touren, bei 40 Ctm. Durchm. = 716 Touren pro Minute.

³⁾ bei 20 Ctm. Durchm. = 3345 Touren, bei 30 Ctm. Durchm. = 2230 Touren, bei 40 Ctm. Durchm. = 1672 Touren pro Minute.

In solchen Fällen können sich die schleifenden Gegenstände leicht fangen.

5. Das Festklammern des Arbeitsstückes zwischen Scheibe und Aufstapelstelle. Daher ist die Werkzeugaufstapelstelle (Support) so nahe als möglich an den Scheibenumfang zu rücken.

6. Die Mutter, die die Scheibe zwischen die Seitenbacken preßt, ist zu scharf angezogen gewesen, wodurch Risse entstanden sind. Um die Entstehung solcher möglichst zu verhindern, sind zwischen Seitenbacken und Scheibe Zwischenlagen von Pappe oder Gummi anzuwenden.

7. Das Gefüge der Schmirgelscheibe ist ein ungleichmäßiges; es befinden sich sogen. „Nester“ oder „Klüfte“ im Scheibenmaterial. Daher ist der Grundsatz unter I bei Anschaffung zu beachten. Die Fehler unter 6 und 7 bewirken oft erst nach längerer Betriebszeit, nach Abnutzung des Steines bis zu den betreffenden Fehlerstellen ein Zerspringen der Scheibe. Daher ist die unter III, 13 empfohlene Maßregel der öfteren Untersuchung der Scheiben sorgfältig zu beachten.

Die Schutzvorrichtungen an Schmirgelscheiben haben den Zweck:

1. Das Zerspringen der Scheiben nach Möglichkeit zu verhüten.

2. Bei etwaigem Zerspringen der Scheibe die Flugstücke zurückzuhalten.

Zur ersten Art der Schutzvorrichtungen gehört die Befestigung der Schmirgelscheibe auf der Schleifwelle mittelst Seitenbacken (vgl. III, 6). Die Form der Seitenbacken richtet sich nach der Gestalt der Schmirgelscheibe. Von größter Wichtigkeit ist die Zwischenlage von Pappe oder Gummi zwischen Scheibe und Seitenbacken.

Zur zweiten Art der Schutzvorrichtungen gehören alle Schutzbügel und Schutzhauben. Sie haben den Zweck, bei einem Zerspringen der Scheibe die Bruchstücke vollständig zurückzuhalten. Die Schutzbügel und Schutzhauben müssen deshalb aus gutem Material (Schmiedeeisen) hergestellt sein. Gußeiserne Schutzhauben sind völlig werthlos. Das zu Schutzbügeln verwendete Eisenblech muß, sofern nicht Vollblech genommen wird, eine Stärke von mindestens 15 mm haben und die Schmirgelscheibe an den Seiten um 20 mm überragen. Der Schutzbügel muß äußerst stark mit den Fundamenten verbunden sein. Er muß die Schmirgelscheibe soweit umgeben, daß nur die zum Schleifen erforderliche Fläche freibleibt. Die freien Enden des Bügels müssen unter sich verstrebt sein, während das obere Ende des Bügels außerdem auch noch mit dem Fundament fest zu verankern ist.

* * *

Im Anschluß an diese Grundsätze seien verschiedene Konstruktionen von Scheibenbefestigungen und Schutzbügel erwähnt, die neuerdings als besonders brauchbar in die Praxis Eingang gefunden haben. So hat die Bodenhaimer Nagos-Schmirgel-Schleifräder-Fabrik Fontaine u. Co. Seitenbacken für konisch nach dem Hande zu verjüngte Steine aus Stahl hergestellt, die den Stein zu 2/3 der Seitenfläche bedecken, aber zwecks Aufnahme einer Papiereinlage unterdreht sind. Der Mutterring greift in die Vorratscheibe hinein. Diese Befestigung wurde mit zerfallenen, in den Bruchstellen lose zusammengefügten Scheiben auf doppelter Umlaufgeschwindigkeit ausprobiert und es ergab sich nur ein geringes Öffnen der Trennungsfugen. Auf gleichem Prinzip beruhen zahlreiche ähnliche Systeme, die der westpreussische Inspektionsbericht bildlich darstellt. Dagegen erseht die Firma Wiesner u. Page, Lübeck, bei ihrer Konstruktion von Seitenbacken die Papiereinlage durch einen Gummiring mit kreisförmigem Querschnitt, der derart in die Backen eingelassen ist, daß er nicht herausgeschleudert werden kann, und der sowohl ein straffes Anziehen der Mutter gestattet, als auch die Bruchstücke durch seinen elastischen Druck zusammenhält. Außerdem verwendet die Firma zur Wellenlagerung der Scheibe konische Gummipuffer, die von beiden Seiten zwischen Welle und Lochwand hineingepreßt werden und die radiale Beanspruchung des Steines vermeiden sollen.

Eine elastische Schutzhaube, nachstellbar, brachte die Firma Jul. Pfungst, Frankfurt a. M., in den Handel, die in der „Zeitschrift der Zentralstelle für Wohlfahrtsanrichtungen“ (Jahrg. 1895, Nr. 19) beschrieben wurde. Dieselbe Firma konstruierte im Jahre 1896 eine neue elastische Schutzhaube, bestehend aus 2 mit der Scheibe parallelaufende, durch gemeinsame Bolzen verbundene Gelenkfedern, zwischen denen sich ein starker Wellblechstreifen hindurchzieht. Die Elastizität ermöglicht eine gleichmäßige Anspannung der ganzen

4) Der Bericht enthält noch eine Reihe Abbildungen von Scheibenbefestigungen und Schutzhauben, auf deren Wiedergabe wir natürlich verzichten müssen.

Umhüllung bei Aufschlag von Bruchstücken, wodurch das Durchschlagen der Haube vermieden wird. Weiter hat die Aktien-Gesellschaft für Schmirgel- und Maschinenfabrikation in Bodenheim einen elastischen Schutzbügel aus geflochtenem Stahlbrautband, das durch Klammern verstellbar ist, konstruiert. Eine ähnliche Konstruktion wird von der bereits erwähnten Firma Fontaine u. Co. angeführt.

Allen diesen Befestigungs- und Schutzvorrichtungen gemeinsam ist der gewiß anerkanntswürdige Zweck, Unglücksfälle in Folge Zerspringens von Scheiben schon auf rein mechanischem Wege auszuschließen. Aber dieser Erfolg hängt von stets tadellosen Funktionen der Vorrichtungen und nicht zum geringsten von der Sorgfalt der Arbeiter und von einer gewissenhaften Betriebsleitung ab, die Umstände, die selten vereint zu finden sind. So kommen trotz genügender Schutzvorrichtungen Jahr für Jahr eine Reihe meist schwerer und tödlicher Unfälle vor, verursacht durch unbeachtete Vorschriften und Nebenstände, deren Bedeutung nicht gewürdigt wurde. Dazu kommt, daß sich die neueren Schutzvorrichtungen schwer an manchen alten Scheibenkonstruktionen anbringen lassen und daß zudem ihr Preis viele Unternehmer zurückscreckt, so daß sich noch zahlreiche Arbeiter mit primitiven Schutzmitteln behelfen müssen. Deshalb ist umso mehr Sorgfalt auf die richtige Aufstellung und Behandlung der Schmirgelscheiben und vor Allem auf vorzügliche Versorgungsquellen zu verwenden, und in dieser Hinsicht kann die Veröffentlichung eingehender Schutzvorschriften im Interesse der Unfallverhütung nur zweckdienlich sein. Mehrfach wird in Inspektionsberichten darauf verwiesen, daß die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften ungenügend seien. Möge daher die Veröffentlichung dieser Grundsätze des Marienwerder Gewerbeinspektors dazu beitragen, daß die Arbeiter an Schmirgelscheiben nichts unterlassen, um sich gegen die hohen Gefahren zu schützen.

Die Massenausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 9. September 1899.

Die Ausperrung ist beendet. Heute wird die Arbeit überall wieder aufgenommen. Dieser kolossale gesellschaftliche Krieg hat also vom 24. Mai bis 9. September, oder beinahe 16 Wochen gedauert. Das Vorpostengebiet hierzu — die Ausperrung der Tischler — fing schon am 2. Mai an, während der jütländische Tischlerstreik, der wiederum ein Vorläufer für diesen war, bereits am 1. April begann.

Vom 2. bis 24. Mai umfaßte die Ausperrung ca. 3500 Mann; vom 24. Mai ab ca. 30.000 Mann, und später wurde sie wiederholt bedeutend ausgedehnt.

Die Absicht der Kapitalisten mit diesem fürchterlichen Kriege war die, die Organisation der Arbeiter, „Die zentralisierten Gewerkschaftsverbände“, die circa 80.000 Mitglieder zählt, zu vernichten, sowie die Bestrebungen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage auf Jahre hinaus zu lähmen. Gleichzeitig damit wollte man der demokratischen Entwicklung des Landes einen Schlag zufügen. Das Organ der herrschenden konservativen Partei, „Hörbladet“, schrieb am 21. Juni ganz unverbürgt, der Zweck der Ausperrung wäre der, den Arbeitern eine totale, vernichtende Niederlage zu bereiten.

Um einen Vorwand zur Einleitung dieses großen Kampfes zu haben, stellten die organisierten Unternehmer eine Reihe von Forderungen (die berühmten 8 Punkte) auf, von welchen sie wußten, daß diese in der vorliegenden Abfassung für die Arbeiter ganz unannehmbar waren. Dieses bewiesen wir den Unternehmern in einem Schreiben vom 18. Mai, während wir ihnen doch eine Verhandlung anboten. Diese wurde einfach abgelehnt, und am 19. Mai dekretierte man die große Ausperrung.

Hierauf brachten die Arbeiter die Sache sofort vor das bestehende (privat und freiwillig errichtete) Schiedsgericht, welches nach langwierigen Verhandlungen am 24. Juni das Urtheil fällte, daß die Ausperrung den Arbeitern wohl kein Recht auf Schadenersatz gäbe, aber daß sie doch „mit den Voraussetzungen, von welchen auszugehen die Arbeiter bei Abschluß der Verträge mit den Arbeitgeber-Organisationen berechtigt waren, in Widerstreit stände.“

Also war die Ausperrung ein unzweideutiger Rechtsbruch! Auf dieses Urtheil nahmen die Unternehmer gar keine Rücksicht, sondern setzten die Ausperrung fort und dehnten sie noch weiter aus.

Das Schiedsgericht erbot sich nun, als Einigungskammer aufzutreten zu wollen. Diese wurde jedoch am 15. Juli gesprengt, indem die Arbeitgeber förmlich an ihren 8 Punkten festhielten. Ihr Wortführer, ein Maschinenfabrikant, nannte diese „die Fahne, unter welcher sie siegen wollten“. Ihre sämtlichen Vorkämpfer schrieben, daß ein jedes „gegenseitiges Entgegenkommen, ein jeder Kompromiß, eine Niederlage für die Arbeitgeber bedeuten würde.“

Am 19. Juli beschloß der Unternehmerverein eine weitere Ausdehnung der Ausperrung. Aber eben, als dieser neue Schlag gegen die Arbeiter ausgeführt werden sollte, schritten gewisse Banken, mit dem Direktor der Privatbank, Heide, als Vertreter ein. Diesem, in Verbindung mit zwei Vertretern der demokratischen Partei, den Herren Erler (Vorsitzender der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung) und Bing (Mitglied der Kommunalvertretung der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg), gelang es nach langen Verhandlungen, den etwas friedlicher gestimmten Theil des Arbeitgebervereins zur Annahme eines Einigungsvorschlages zu bestimmen; in diesem war durchaus Rücksicht auf die Kritik der „8 Punkte“ genommen, die die Gewerkschaften bereits in ihrem Schreiben vom 18. Mai aufgestellt hatten.

Am 5. August nahm der Arbeitgeberverein nach einem schweren inneren Kampfe diesen Einigungsvorschlag an. Aber an demselben Abend kamen vielen Arbeitern — wahrscheinlich durch Inbiskretion von Seiten der krieglustigen Arbeitgeber — Papiere in die Hände, die bewiesen, daß die Arbeitgeber eine „Werstattordnung“ ausgearbeitet und „Schwarze Kammern“ (Bojkotts-Bureaus) in Aussicht genommen hatten, obgleich beide Theile in Widerstreit mit dem Wortlaut und dem Geiste der Einigungsvorlage standen.

Die zu den „Zentralisierten Gewerkschaftsverbänden“ gehörenden Hauptvorstände nahmen den Einigungsvorschlag in der Nacht vom 7. auf den 8. August an, jedoch mit der Bedingung, daß im Widerstreit mit der Einigung keine „Werstattordnung“ eingeführt oder keine „Schwarzen Kammern“ errichtet werden dürften.

Am 9. August verlangte der Arbeitgeberverein diese Reservation zurückgenommen. Der Krieg wurde deshalb fortgesetzt und vom 21. bis zum 26. August wurden dann wiederum ca. 10.000 Arbeiter, davon eine Masse weibliche Arbeiter, auf die Straße geworfen. Nun warf der Arbeitgeberverein auch seine Wäste ab, indem er den betreffenden männlichen und weiblichen Arbeitern die Wahl gab, entweder sich aus ihren Organisationen auszumelden oder arbeitslos zu werden. Die Arbeiter erwählten das Letztere und bewiesen damit, daß sie ihr Organisationsrecht über Alles setzten.

Aber auch diese Ausdehnung der Aussperrung war nicht im Stande, die Widerstandskraft und das einige Zusammenstehen der Arbeiter zu brechen.

Die ökonomische Folge der Aussperrung für die ganze Gesellschaft trat nun stark hervor, u. A. dadurch, daß es einzelnen Banken schwer wurde, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Leute aus dem Arbeiter- und Mittelstand hoben bedeutende Summen aus den Sparkassen und es drohte mit einer allgemeinen Panik, die einen ökonomischen Crash herbeiführen konnte. Dieses bewirkte, daß neue Friedensunterhandlungen eingeleitet wurden. Die vorher genannten Einigungshändler arbeiteten einen Anhang zu der angenommenen Einigungsvorlage aus, wodurch man der Reservation sowie mehreren Wünschen der Gewerkschaften entgegenkam.

Dieser Anhang zur Einigung wurde am 4. September von den Hauptorganisationen sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber angenommen, ebenso wie in den darauf folgenden Tagen ein Theil Abstimmungen in den einzelnen Organisationen sich dafür erklärten.

Damit war der Kampf also beendet.

Das Resultat für die Unternehmer ist gleich Null. Nicht ihre „8 Punkte“ haben gesiegt, sondern die Kritik der Arbeiter gegen diese hat den Sieg davon getragen. Die Forderung, daß die Gewerkschaften die Alleinhererschaft der Unternehmung bei der Leitung der Arbeit anerkennen und „garantieren“ sollten, ist zurückgeschlagen worden. Der Vergleiche behauptet das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung des Arbeitsverhältnisses und anerkennt die Gewerkschaften als die natürlichen Verteidiger der Rechte der Arbeiter.

Die Unternehmer verlangten in ihren „8 Punkten“, daß die Preistarife sämtlicher Branchen gleichzeitig, nämlich am 1. Januar, der für die Arbeiter ungünstigsten Jahreszeit, ablaufen sollten. Dadurch wollten sie alle lokalen und partiellen Lohnbewegungen verhindern und durch die Drohung einer allgemeinen Aussperrung mitten im Winter eine jede Forderung von Seiten der Arbeiter unmöglich machen.

Diese Forderung haben die Unternehmer aufgeben müssen.

Sie verlangten weiter, daß die Gewerkschaften den Werkführern und Vorleuten die Aufnahme als Mitglieder verweigern sollten. Diese Forderung ist ebenfalls aufgegeben worden. Für alle gewöhnlichen Arbeiter ist es als eine natürliche Pflicht festgesetzt worden, in ihren Gewerkschaften zu stehen, indem diese als das einzigste Organ anerkannt worden sind, durch die die Arbeitgeber mit den Arbeitern verhandeln sollen.

Das Recht zum Streiken ist offiziell anerkannt worden und dadurch ist hoffentlich dem Buchhausturs, der in unseren Nachbarländern in der letzteren Zeit begonnen hat, in Dänemark ein Riegel vorgeschoben worden.

Es soll ein aus ebenso viel Arbeitern wie Arbeitgebern bestehendes Schiedsgericht, gewählt von den Organisationen und mit einem gemeinschaftlich erwählten Vorsitzenden, errichtet werden. Die dänische Regierung und die leitenden Politiker im Reichstag haben versprochen, diesem Schiedsgerichte gesetzliche Anerkennung zu verschaffen.

Der angenommene Vergleich ordnet ein Hand in Hand gehen an bei der Festsetzung einer Reihe gewöhnlicher Verhältnisse, namentlich bei der Ausarbeitung von Werstattordnungen und ähnlichen Bestimmungen.

Die Quintessenz des abgeschlossenen Vergleiches wird in seinem letzten Punkte ausgedrückt, der bestimmt, daß alle bestehenden Verträge unverändert aufrechterhalten werden sollen. Und gerade um diese Verträge verändern zu können, war es, daß die Unternehmer den Krieg führten.

Der industrielle Parlamentarismus geht also siegreich aus dem Kampfe hervor, den die Unternehmer eröffneten, um den industriellen Absolutismus einführen zu können.

Der Unternehmerverein hat ferner alle die „11 neuen Punkte“ aufgeben müssen, die mitten im Kampfe aufgestellt wurden, und die u. A. darauf ausgingen, daß die Gewerkschaften ihre ganze demokratische Organisation verändern und daß sie nur als die Handlanger der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiter fungieren sollten. Hierher gehörte ebenfalls die Forderung, daß nur diejenigen Männer, die das 30. Lebensjahr überschritten haben, das Stimmrecht in ihren Gewerkschaften ausüben dürften.

Der jetzt beendigte Kampf war ein Klassenkampf, von den organisierten Kapitalisten mit den schärfsten Waffen geführt. Sie haben nicht nur ihre eigenen Arbeiter kroblos gemacht, sondern sie haben auch durch die Drohung mit dem Boykott die Lieferanten und die außerhalb der Bewegung stehenden Meister gezwungen, ihnen zu folgen, ebenso wie sie versucht haben, die unabhängige Presse zu maßregeln, ja sie haben sogar den Geistlichen und anderen, die ihre Sympathie mit den Arbeitern ausdrückten, gedroht. Es ist

ferner bekannt, daß sie die dänischen Arbeiter nach dem Aus-

lande hin verfolgten, soweit die Macht der dänischen Kapitalisten

und ihrer ausländischen Freunde reichte.

Deshalb hat der Kampf die Wirkung gehabt, daß das

Massenbewußtsein der dänischen Arbeiter erhöht

worden ist, und dieses wird in der kommenden Zeit ein

großes Wachstum der sozialdemokratischen Be-

wegung unseres Landes bewirken.

Die ausgesperrten Arbeiter haben während dieses lang-

wierigen und schweren Kampfes eine musterhafte Haltung

eingenommen, und gehen wir also auch in moralischer Be-

ziehung gekräftigt aus diesem Kampfe hervor.

Daß es uns möglich geworden ist, diesen Kampf mit

einem auf allen Punkten guten Resultat zu beenden, schulden

wir unserer guten Organisation und unseren in Arbeit

stehenden Genossen, die eine Opferfreudigkeit ohne

gleichen an den Tag gelegt haben, in Verbindung mit der

bedeutenden moralischen und pekuniären Hilfe, die wir von

den Kameraden in den anderen Ländern emp-

fangen haben.

Wir haben finanzielle Hilfe erhalten aus Deutschland,

Norwegen, Schweden, Frankreich, England, Pol-

land, Belgien, aus der Schweiz, aus Oesterreich,

Rumänien, Spanien, Italien, Rußland, Finn-

land, Grönland, Amerika und Afrika, und wir

bringen hierdurch unseren herzlichsten Dank allen unseren

Kameraden, in diesen Ländern, weil sie unserer Bitte um

Hilfe nachkamen und dadurch die Verbrüderung, die zwischen

Sache, für die Durchführung eines freundlicheren und besseren

Gesellschafts-systems aufwenden würden.

Die Hebe, im Verlaufe derselben der Redner u. A. aus-

föhrlich bei der Altersversicherungsfrage verweilte und eine

auskömmliche staatliche Pension für jeden Arbeitsunfähigen

verlangte, ward mit vielem Beifall aufgenommen.

In der Debatte über den Bericht des Parlamentarischen

Gewerkschaftskomitees ward ein Antrag, keinen Kandidaten

bei der Wahl zu unterstützen, der nicht das Programm des

Kongresses von 1895 (Vergesellschaftung der Produktions-

mittel zc.) unterschreibt, mit großer Mehrheit verworfen, da-

gegen etwas später eine Resolution angenommen, die empfiehlt,

die Frage des gesetzlichen Achtstundentages zur Probe-

frage bei Wahlen zu machen.

Der Ausschluß des Maschinenbauervereins aus dem

Kongreß gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß, die mit

Uebergang zur Tagesordnung endete. Es ward allgemein

anerkannt, daß das Parlamentarische Komitee in der Sache

durchaus unparteiisch gehandelt habe, aber eine Minderheit

von Delegirten verlangte Aenderung des Statuts, auf Grund

dessen der Ausschluß der Maschinenbauer erfolgt sei. Dies

kann aber nach der Geschäftsordnung des Kongresses nicht

in der Debatte über den Bericht des parlamentarischen

Komitees geschehen.

Nachdem der Kongreß einen Antrag auf Bildung eines

Wahlfonds für Arbeiterabgeordnete abgelehnt hatte,

hat er einen Antrag, eine Konferenz von Sozialisten,

Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern zur Be-

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3

Abs. 7 des Statuts:

auf Antrag der Verwaltungsstelle Neumarkt i. d. O.:

der Former Josef Formanek, geb. zu Prag am

28. November 1865, B. Nr. 2, wegen Denunziation;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Hannover, Sektion

der Klempner:

der Klempner Gottfried Kunze, geb. zu Pabstorf

am 20. Oktober 1867, B. Nr. 254 179, wegen Ver-

untreuung von Verbandsgeldern;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Schwabach, Sektion

der Aluminiumschläger:

der Aluminiumschläger Gg. Müller, geb. in Schwab-

ach am 11. März 1874, B. Nr. 227 533, wegen

inkollegialen Benehmens;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Düsseldorf:

der ? Rudolf Reifgerste, geb. zu Zippendorf bei

Reiz an 25. Dez. 1874, B. Nr. 253 453, wegen

Veruntreuung von Verbandsgeldern;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Magdeburg:

der Wagenlackierer Antonin Smerna, geb. zu Les-

kowitz am 20. April 1876, B. Nr. 308 741, wegen

verschiedener unrechtl. Manipulationen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind

nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken,

wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Bitterfeld. Wie rückgratlos die Hirsch-Dunder'schen

sind, hat sich hier in der Martin'schen Eisengießerei wieder

gezeigt. Die Former bekamen im Laufe voriger Woche

Leipziger Streikarbeit; erst weigerten sie sich die Arbeit zu

machen. Der Vorarbeiter Adolf Germer schrieb nach Berlin

an den Gewerkschaftssekretär Herrn Kamin, ob sie die Arbeit

liefern sollten oder nicht. Dieser schrieb zurück: Sie sollten

unter keiner Bedingung die Arbeit machen, im Uebrigen freuten

sie sich (in Berlin), daß sie sich mit den Kollegen des Former-

verbands solidarisch erklärten. Schreiber dieses hat die Karte

selbst gelesen. Auch erklärte Herr Germer, daß sie die

Arbeit nicht machen würden, es könne kommen wie es wolle.

Es kam aber anders. Als Herr Martin jr. erklärte, wer

die Arbeit nicht machen wolle, könne gehen, da weigerte

sich keiner mehr, auch Herr Germer nicht. Der Vor-

arbeiter, Former Adolf Germer, und die Former Max

Krahle, Franz Niem, Felix Holz finden es also ganz in der

Ordnung, den Fabrikanten zu helfen. Wir warnen die

Kollegen, in der Martin'schen Fabrik Arbeit zu nehmen.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Der englische Gewerkschaftskongreß wurde am 4. Sept.

zu Plymouth in dem von dem Gemeinderath zur Verfügung

gestellten Rathhaussaal eröffnet. 380 Delegirte waren an-

wesend.

Der Bericht des Parlamentarischen Komitees gibt Aus-

sicht über das Schicksal der auf den Arbeiterschutz bezüglichen

Anträge und Vorschläge, welche in der abgelaufenen Parla-

mentarischen Session zur Verhandlung kamen. Nur die wenigsten

davon — darunter der Antrag auf Erhöhung des Alters der

Halbheiter und der Antrag auf Beschaffung von Sitzen für

Ladenangestellte — sind Gesetz geworden, die große Masse

sind theils gar nicht verhandelt worden, theils nur bis zur

zweiten Lesung gelangt. Eingehend verbreitet sich der Bericht

über die Frage der Alterspensionen und die Aufbringung

der Kosten derselben durch eine Steuer auf Grund-

werte und Erhöhung der progressiven Einkommen-

steuer. Er berührt ferner die vom Handelsminister Ritchie

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Ueber die Lage der deutschen Eisen- und Stahl-

werte gibt der Hesper „Glück Auf“ hinreichende Auskunft.

Wenn er schreibt, daß die Besteller froh sein müßten, wenn

ihre Aufträge auch nur gebucht würden. Lieferungs-

zeit, Qualität, Preis zc. sei ganz ins Belieben der Werke

gestellt. Diese kurze Notiz wird mehr Aufklärung schaffen

über die wahrhaft glänzende Konjunktur im Metallgewerbe,

wie ein langer Zeitaritel. Mögen unsere Kollegen ebenso

intensiv die koste Zeit ausnützen wie die Herren Unter-

nehmer, damit die Profiteure, so von des Reichens Riße für

uns abfallen, wenigstens etwas reichlicher werden.

Die Produktion der Häute Preussens an Hoch-

eisen, Zink, Kupfer, Gold, Silber zc. belief sich 1898

auf 6,033,256 Tonnen und 312,330 kg. im Werthe von über

445 Millionen Mark. 1897 waren es 5,669,784 Tonnen

und 311,468 kg. im Werthe von über 409 Millionen Mark.

Durchweg ist die Erzeugung, mehr aber noch der Werth ge-

stiegen. Die entsprechende Mithing hält immer noch an.

Neuere Dividenden von Eisenerwerken. Der Badner

Bereitschaft zahlt 40 Proc. Die Eisenerwerke

geben 15, gegen 6 Prozent im Vorjahre. Die Hiesburger

Schiffbau-Gesellschaft Hamburg kann 18, gegen 13 Proc. im

Vorjahre verteilen. Maschinenfabrik Kötter in Götting gibt

5 1/2 (5), der Förder Verein 9 und 14 Prozent (2 und 11).

Das Geschäft blüht — für das Kapital.

Die Eisenzeugung der Ver. Staaten von Nord-

Amerika ist im zweiten Steigen begriffen. Produzirt

wurden im 1. Halbjahr 1899 rund 6 1/2 Mill. Tonns gegen

5 1/2 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei sind so

gut wie gar keine Vorräthe vorhanden, trotzdem die sehr er-

höhte Zahl der Hochofen mit Hochdruck arbeitet.

Am zweiten Tage hielt Vernon seine Sozialan-

sprache. Er ging die Reihe der notwendigen Arbeiterschu-

lätze durch, die von der Arbeiterschaft gefordert würden,

und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen sie im Parla-

ment zu kämpfen hätten. Diese Schwierigkeiten würden ver-

schwinden, wenn die Arbeiterklasse in angemessenem Maße

im Parlament vertreten wäre. Er hoffte, daß der Kongreß

die Frage der Vertretung der Arbeiter im Parlament ernst-

haft in Betracht ziehen werde. Die Arbeiter Englands

hätten ein Stimmrecht, das ausreichte, ihnen eine gehörige

Vertretung im Parlament zu verschaffen, aber es fehlte

ihnen an den nötigen Grundstücken zu fehlen, ihn Kraft zu

verleihen. Zu den Reichen vorgeschrittenen Decker sei die

Ansicht verbreitet, daß wir am Vorabend eines großen sozialen

Zusammenbruchs ständen, und dieser Ansehung seien noch

feiner, des Redners Ansicht, vielleicht die außerordentlichen

Fortschritte zuzuschreiben, welche die radikalsten Anschauungen

in den letzten Jahren gemacht hätten. Die unablässige

Kapitalanhäufung habe die Produktionsmittel und die Pro-

dukte enorm vermehrt, aber sie habe gleichzeitig die Arbeit

verflaut, und wenn auch die Gewerkschaften viel getan

hätten und ihnen hielten, die Hände der Arbeiter zu er-

leichtern, so wollten sie ihn doch nicht emancipieren. Die

Unternehmer müßten sich zu großen Verbänden zusammen,

die Arbeiter hätten desgleichen. Dies bedinge den gewer-

lichen Krieg. In der That händen sie inmitten dieses

Krieges — „unser Herr ist unser Feind“ — und er würde

sich noch verschärfen. Wäre es aber nicht vernünftiger seitens

der Arbeiter, wenn sie darauf streben, die Ursachen des

Krieges zu beseitigen, statt sich auf ihn zu stützen? Dies

könnte geschehen, wenn die Arbeiter ihre Vorurtheile und

gegenseitigen Zwistigkeiten aufgeben und die Energie, die sie

heute im Kampfe gegeneinander verschwenden, für eine heiligere

Notizen von auswärts heranzieht, um den Streit der Formner zu diskreditieren. Nachdem nochmals das Verhalten der Hirsch-Dunderlauer kritisiert worden war, wonach im „Requ-lator“ Formner nach Radebeul gesucht werden, trotzdem sich die dortigen Kollegen im Streit befinden, schließt Reichmüller seinen Bericht, indem er zu festem Zusammenhalt auffordert, bis der Sieg errungen ist. — In der Debatte berichtet Schaar Schmidt über seine Agitationsreise in Schlesien. Er überbringt die besten Grüße der schlesischen Kollegen. In allen größeren Städten haben sich die Kollegen solidarisch erklärt und sich verpflichtet, keinen Guss für Leipzig anzufertigen. Die Modelle der Firma Meyer & Weigel, die nach Johanngeorgenstadt geschickt worden waren, sind am Dienstag von dort wieder zurückgeschickt worden, ebenso die Modelle, die die genannte Firma auf dem Umwege über Berlin nach Johanngeorgenstadt geschickt hatte. Ungekommene Pflugschaare gingen gleich vom Bahnhofe aus wieder zurück. — Einen schönen Erfolg der Solidarität haben die Formner der Firma Lohse & Scovionek in Glauchau zu verzeichnen. Sie hatten sich geweigert, Leipziger Streifarbeit zu machen. Deshalb verlangte man sie in's Komptoir, wo ein Formner erklärte, daß sie ihren kämpfenden Brüdern nicht in den Rücken fallen wollten. Darauf antwortete der Chef, daß er sich von den Arbeitern überhaupt keine Vorschriften machen lasse, und wenn es nicht passe, der könne gehen. Die Formner legten die Arbeit nieder mit der Erklärung, lieber mit den Leipziger Kollegen zu hungern, als ihnen in den Rücken zu fallen. Als nun alle ihren Lohn verlangten, sah der Herr Unternehmer ein, daß seine Formner nicht mit Reden, im Unteroffizierston gehalten, sich abspesen lassen. Er gab nach und willigte in die Forderung ein, sämtliche Leipziger Modelle sofort zurückzuschicken. Diese Solidarität sollten sich alle Formner zum Vorbild nehmen, die bisher die Leipziger Fabrikanten unterstützten, indem sie Streifarbeit herstellten.

Radeberg. Bezug von Formnern ist von der Firma Richter & Weise in Radeberg fernzuzulassen.

Reiz. Auch in Reiz verweigerten auf zwei Buben die Formner die Leipziger Arbeit, in der Eisengießerei von D. Kunsch in Reiz-Plasberg und H. Kunsch in Reiz-Plue. Bei der ersten Firma wurden 5 Formner ausständig und ein Kernmacher. Ein Formner bekam seine Entlassung nicht, sondern mußte seine Kündigung einreichen, was derselbe auch sofort that. Ganz anders ging es bei der Firma H. Kunsch in Reiz-Plue. Kollege Bruno Klemm betonte in der Versammlung am 26. August, daß es unbedingt nötig ist, daß die Reiziger Kollegen sich mit den Leipziguern solidarisch erklären. Dafür erhielt er am 28. August seine Entlassung mit den Worten: er wäre ein Aufwiegler und machte die ganzen Leute unwillig. Klemm mußte sofort die Fabrik verlassen; Kunsch drohte ihm noch an, so bald er mit jemand spreche, würde er ihn wegen Hausfriedensbruch anklagen. Ein einziger Kollege von den 12, die bei H. Kunsch beschäftigt waren, erklärte sich solidarisch, indem er auch mitging; er bekam aber seinen Lohn und seine Papiere nicht. Am 29. August wurden weitere 4 Formner vorstellig und fragten Kunsch, ob er keine andere Arbeit hätte, Leipziger Arbeit könnten sie unbedingt nicht machen. Kunsch erwiderte darauf, sie sollten sofort die Fabrik verlassen. Auch diese 4 erhielten weder Geld noch Papiere. Doch diesmal soll Kunsch bewiesen werden, daß er kein Recht dazu hat, Lohn und Papiere einzuzahlen. Kunsch ist sogar soweit gegangen, an den Ortsvorsteher in Plue einen Brief zu schreiben, daß die Formner, die bei ihm gearbeitet haben, kein Armenattest ausgestellt bekommen, also fürchtete er wahrscheinlich, daß sie klagbar gegen ihn vorgehen werden. Kunsch weiß allerdings nicht, daß organisierte Arbeiter kein Armenattest brauchen. Kunsch hat sogar 3 Formner, die die Arbeit verweigerten, aus dem Logis gebracht, indem er zu den Wirthsleuten sagte, sie sollten dieselben sofort aus dem Logis bringen, er würde für das Logisgeld bis jetzt aufkommen. Die Kollegen mußten ausziehen und als die Wirthsleute zum Bohntag in die Hude zu se. kamen, um Geld zu empfangen, meinte Herr Kunsch, er könne den Leuten nichts von ihrem Lohn wegnehmen. Die ganze Rechnung hat aber Herr Kunsch ohne den Wirth gemacht, denn er glaubte, es würde diesmal gehen wie immer. Die Leute ständen mittel- und obdachlos da, sie würden schon ihrer Wege gehen. Aber den Kollegen ist von der Organisation Rechtsschutz gewährt.

Metall-Arbeiter.

Ganken. Während unter der Bauzener Arbeiterschaft im Allgemeinen der Organisationsgedanke immer mehr um sich greift, stehen die hier beschäftigten 400 Metallarbeiter der Arbeiterbewegung noch größtentheils theilnahmslos gegenüber, oder sie suchen in den beiden hiesigen, ziemlich starken Gewerkschaften ihr Heil. Das Gewerkschaftskartell und die die Agitation in Ostschlesien leitenden Kollegen thun ihr Möglichstes, um Abhilfe zu schaffen, leider läßt der Erfolg immer noch sehr zu wünschen übrig. So hatte das Kartell am Sonnabend, den 26. August, eine Metallarbeiterversammlung veranstaltet. Im Bezug auf das starke Hemmnis, das die Gewerkschaften der Ausbreitung unserer Ideen in der Metallarbeitererschaft bereiten, war folgende Tagesordnung gewählt worden: „Werden die Interessen der Metallarbeiter im Verband oder im Gewerkschaftsbund besser vertreten?“ Zugleich war der Vorstand des Gewerkschaftsbundes eingeladen worden und auch erschienen. Genosse Friede aus Dresden erklärte in sehr verständlicher Weise die prinzipiellen Unterschiede, sowie die Entstehung und Entwicklung beider Organisationen unter dem Beifall der Zuhörer, zu dem Schluß gelangend, daß nur die gewerkschaftliche Organisation des Verbandes im Stande sei, die Arbeiterinteressen vertreten zu können. Nach ihm ergriff Herr Bedrich, der Führer der hiesigen Gewerkschaften das Wort, sich in einstündiger Rede bemüht, die Ausführungen Friede's zu widerlegen. Er behauptete, daß im Gewerkschaftsbund für 15 $\frac{1}{2}$ Beitrag das Gleiche geleistet würde wie im Verband für 30 $\frac{1}{2}$, verwechselte die englischen Trades Unions mit deren Karrikatur, den deutschen Gewerkschaften und behauptete, daß nur der Terrorismus die Gewerkschaften zusammenhalte. Schließlich mußte auch noch der Zukunftsstaat herhalten. Genosse Friede zerstückte unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden diese Ausführungen. Inzwischen war es 12 Uhr geworden, der überwachende Beamte machte auf das Ortsstatut, die Sonntagsruhe betreffend, aufmerksam, und so mußte diese interessante und stark besuchte Versammlung geschlossen werden. Zuvor wurde

noch bekannt gegeben, daß Kollege Lappert, Tuchmachergasse 21, Bevollmächtigter des M.-B. sei.

Crimmitschau. Bezug von Metallarbeitern ist fernzuzulassen nach der Werkzeugmaschinenfabrik von Louis Rimsse in Neutkirchen b. Crimmitschau. Ursache: Wollreduktion bis zu 50 Proz.

Dessau. In der hiesigen Waggonfabrik (Gasbahn-Gesellschaft) sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen ist daher fernzuzulassen.

Gaisburg. Von der hiesigen Ortsverwaltung wurde auf den 9. September eine Werkstattdarstellung für die Arbeiter der Maschinen- und Kesselfabrik von Hilb und Metzger in Berg in das Gasthaus zum Hirsch einberufen, in der das gesamte Personal außer ein paar Lebenslänglichen anwesend war. Der Bevollmächtigte der Gaisburger Ortsverwaltung forderte die Kollegen auf, ihre berechtigten Beschwerden wahrheitsgetreu und ungenirt vorzutragen, was auch in lebhafter Diskussion geschah. Einige Kollegen bewaerten, daß nicht schon früher die Ortsverwaltung Stuttgart sich um diese Fabrik gekümmert hat, die Beschwerden seien ja allgemein bekannt gewesen. Vor allen Dingen wurde die Behandlung der Arbeiter durch Herrn Metzger getadelt, dieser gebildete Herr gebraucht Ausdrücke, die nur in seinem Veriton zu finden sind und durch die verschiedenen Gewerbegerichtsverhandlungen längst bekannt sind. In gesundheitlicher Beziehung steht diese Fabrik auf der niedrigsten Stufe. Die Werkstatt gleicht einer Räuchererei, Fensterputzen gehört zu den Seltenheiten. Die Werkstatträume werden nur alle 8 Wochen ausgeleert und dann bleiben die Dreckhaufen noch 14 Tage in der Werkstatt liegen. Der Abort-„pavillon“ steht im Hof an der Straße, so daß es im Sommer für die im Hof beschäftigten Brückenbauer unerträglich ist zu schaffen, nicht nur wegen der verpesteten Luft, sondern auch wegen der unzähligen Insekten, die sich dort ansammeln. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Die Löhne sind sehr niedrig, Prozente für Ueberstunden ist Herrn Metzger ein Fremdwort. Die Lohnzahlung geschieht Samstag nach Schluß des Geschäftes. Die arme Sünden müssen die Leute oft $\frac{1}{4}$ Stunden vor dem Schalter stehen, bis sie ihre sauer verdienten Löhne erhalten. Die Montagezulage hat Herr Metzger wahrscheinlich nach den Sparrezepten der Kaiser-suppenpolitik berechnet. Für Sonntag wird den auswärts beschäftigten Monteuren nichts gezahlt. Da braucht es Einem nicht wundern, wenn für die Familie nichts übrig bleibt. Einem Monteuren passierte das Unglück, für seinen Fleiß und gewissenhafte Ausführung der Montage vom Besteller als Trinkgeld mientgetlich Kost und Logis zu erhalten. Als Herr Metzger dieses bei der Abrechnung erfuhr, gab er einfach dem Monteuren keine Montagezulage. Herr Metzger zeigt so recht den Fabrikpapa, er weiß auch, daß seine Arbeiter nicht organisiert sind und er sie deshalb als Spielball benutzen kann. Der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Gaisburg legte hierauf den Zweck und Nutzen des Verbandes klar und wies an der Hand von Beispielen nach, daß nur eine stramme Organisation solche Uebelstände beseitigen könne. Die Versammlung beschloß, die angeführten Mißstände in der „Schwäb. Tagwacht“ wie in der „Metallarbeiter-Ztg.“ zu veröffentlichen. Nachdem Kollege Thiel, sowie verschiedene Kollegen die Anwesenden aufgefordert hatten, sich der Organisation anzuschließen, ließen sich eine große Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen und bilden nun auch die Arbeiter der Firma Hilb u. Metzger ein Glied in der großen Kette der organisierten Arbeiter. Die Kollegen hoffen nun, daß diese Uebelstände beseitigt werden, damit auch ihre Lage eine menschenwürdige zu nennen ist.

Leipzig. In der Aktiengesellschaft Bochmann'sches Musikwerk in Wohlitz sind die erst vor etlichen Wochen beigelegten Differenzen erneut zum Ausbruch gekommen. Eine Kommission, die die Beschwerden der Arbeiter der Direktion vorgetragen hatte, wurde entlassen. Der Arbeiterausschuß wurde darauf beauftragt, die Einstellung der entlassenen Kommission zu verlangen, was Seitens der Direktion die Entlassung der Metallarbeiter des Ausschusses zur Folge hatte. Am 9. September, an welchem eine Fabrikversammlung tagte, wurden nachmittags 14 Metallarbeiter entlassen. In der Versammlung erklärten sich die Holzarbeiter mit den Metallarbeitern solidarisch, und es wurde beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Am 11. September begab sich die aus Vertretern der Holz- und Metallarbeiter bestehende Kommission zwecks Verhandlungen zur Direktion, doch führten die Verhandlungen zu keinerlei annehmbarem Resultat, da der Direktor Schluß sich auf den Standpunkt stellte: er, als Herr im Hause, könne selbst Unrecht thun. Ausständig sind 488 Personen. Am 13. September fand wiederum eine Versammlung der Streikenden statt. Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die ausständigen Arbeiter der Bochmann'schen Werke erklären, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis folgende Forderungen bewilligt worden sind: 1. Wiedereinstellung der Gemäßregelten, sämtlicher Kommissionsmitglieder und der am Sonnabend entlassenen Arbeiter. 2. Anerkennung des Arbeiterausschusses als Beschwerdekommision der Arbeiter und demgemäßige Umänderung der Fabrikordnung. 3. Aufhebung der Wermeister Ludwig und Inshütz. 4. Die älteren Arbeiter sind bei Arbeitsmangel zuerst zu entlassen. 5. Eine gründliche Revision der Fabrikordnung hat sofort nach Arbeitsaufnahme stattzufinden. 6. Alle Ausständigen sind wieder an ihre alten Plätze zu stellen.“ Bezug von Stimmern, Durchspielern, Mechanikern, Schlossern, Drehern und Metallarbeitern ist fernzuzulassen.

Sömmerda. Wohl nirgends wird der Arbeiter so behandelt als in der hiesigen Waffen- und Munitionsfabrik Akt.-Ges. vormalig v. Dreys. Seitdem die Fabrik wieder etwas in Gang kommt, sucht die Direktion tüchtige Arbeiter. Mit Vorliebe werden Arbeiter, die eine Reihe von Jahren in einer Fabrik thätig waren, unter günstigen Verprechungen bestimmt, aus ihrem Arbeitsverhältnis heraus und nach hier zu gehen. So erging es schon einer Anzahl von Arbeitern. Hier angekommen, mußten sie aber erfahren, daß die ihnen gemachten Verprechungen weiter nichts waren, als — Verprechungen. Hier führen die Meister das Regiment und setzen meist unbekümmert um die Verprechungen der Direktion die Löhne fest. Beklagt sich ein Arbeiter bei der Direktion, so nimmt diese die Meister in Schutz. Doch der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht, und so kam Meister und Direktion einmal an den Unrechten, resp. an einen Arbeiter, der nicht mit sich spaßen ließ. Der Maschinenbauer Sch., der 30 Jahre in Suhl arbeitete, wurde dadurch

man ihm 25 $\frac{1}{2}$ Anfangslohn und andere Verprechungen machte, bedrohen, sein Arbeitsverhältnis zu lösen und nach hier zu kommen. 8 Wochen hat er es hier ausgehalten. Er soll aber, trotz der Verprechungen, die ihm gemacht wurden, nur 18 $\frac{1}{2}$ Wochenlohn erhalten haben, und auch die Behandlung seitens der Meister soll nicht die beste gewesen sein. Jetzt hat dieser Arbeiter die Arbeit niedergelegt und den Klageweg beschritten, gleichzeitig aber auch einem Mitgliede des Ausschusses — bei dem er früher beschäftigt war, Mittheilung gemacht. — Hier fehlt es an der Organisation, die ev. mit der Direktion „deutsch“ spricht; es wäre zu wünschen, daß bald einige tüchtige Genossen nach hier kämen. Der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein der Maschinenbauer, der hier eine Zahlstelle hat, hat sich bis jetzt noch nicht gerührt; vielleicht hört man dagegen etwas bald vom D. M.-B. Ohne schriftlichen Vertrag, worin speziell die Löhne festgesetzt sind, lasse sich kein Arbeiter verleiten, nach Sömmerda zu kommen.

St. Georgen. Konferenz der Uhrarbeiter des Schwarzwalde's abgehalten am 27. Aug. in St. Georgen. Der Einberufer Storz eröffnete nach einer herzlichen Begrüßungsrede die Konferenz. Vertreten waren: Billingen, Schwenningen, Schramberg, Triberg, Furtwangen, Böhrenbach und Tuttlingen durch zusammen 13 Delegierte; ferner für den 25. Gau des Deutschen Holzarbeiterverbandes Christianen-Freiburg und eine größere Anzahl Kollegen von verschiedenen Orten. In den Berichten der Delegierten kamen ganz mißliche Verhältnisse zur Sprache; geringer Verdienst, der nirgends mit den Ausgaben für Miete und Lebensunterhalt im Verhältnis steht. Die Organisation ist an den meisten Orten nicht stark genug, um in absehbarer Zeit durch Streiks usw. bessere Verhältnisse zu erringen. Es wurden auch zwei Fälle angeführt, wo der Fabrikant sich erlaubt, das Brod oder Bier, das der Arbeiter während der Arbeit zu sich nehmen will, wegzunehmen und zum Fenster hinauszuerwerfen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Konferenz erkennt im Anschluß an den Holz- und Metallarbeiterverband das beste Mittel zur Hebung der Lage der Uhrarbeiter. Sie beschließt die Vertiefung eines Flugblattes, das sich eingehend mit den Mißständen in der Uhrindustrie zu beschäftigen hat und dieselben aufdeckt.“ — Als Vorort wurde Schramberg gewählt, wohin jede Zahlstelle bis spätestens 1. Februar genaue Berichte der örtlichen Verhältnisse einzufenden hat, um demgemäß das Flugblatt auszuarbeiten. Nach einem Mahnwort für den Holz- und Metallarbeiterverband zu agitieren, schloß der Vorsitzende um 6 Uhr die Konferenz.

Billingen. Daß die Arbeiter des Schwarzwalde's endlich zur Erkenntnis ihrer wirklich traurigen, trostlosen Lage zu kommen scheinen, bewies die am 9. September im Saale zum „Engel“ abgehaltene allgemeine Arbeiterversammlung der in der Holz- und Metallbranche beschäftigten Arbeiter. Einberufen war dieselbe von den Zahlstellen des Deutschen Holz- und Metallarbeiterverbandes sowie von der Ortsgruppe des christlichen Uhrarbeiterverbandes. Besucht war sie von ca. 350 Personen. Auf der Tagesordnung stand: Die Lage der Bau- und Möbelschreiner, der Uhrkassenschreiner, sowie der Uhrarbeiter, resp. der sämtlichen hier beschäftigten Metallarbeiter. Zu jedem dieser drei Punkte war ein besonderer Referent bestellt. Wir mußten die Versammlung so arrangieren, um ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen, um so mehr, da die einzelnen Organisationen am Plage zu schwach sind, um selbstständig etwas Derartiges zu unternehmen. Von einem ausführlichen Bericht über die zwei ersten Referate will ich Abstand nehmen, dagegen das dritte etwas genau wiedergeben. Der Referent zu Punkt 1 führte aus, daß die Bau- und Möbelschreiner durch die Hilfe der Organisation im Laufe dieses Frühjahrs die 10stündige Arbeitszeit errungen hätten, sowie auch die Abschaffung der Kost- und Logisgeberei bei den Meistern. Bei der in diesem Sommer herrschenden regen Bauthätigkeit seien die Arbeiter aber vielfach gezwungen gewesen, Ueberstunden zu machen, für die sie keinen Zuschlag erhielten. Dies sei jedoch ein Zustand, mit dem gebrochen werden müsse und fordern die Schreiner einen Lohnzuschlag für Ueberstunden von 15 Proz. Er hoffe, daß die Meister diese minimale Forderung auch gewähren werden. — Der zweite Referent führte aus, daß die Uhrkassenschreiner wohl jetzt besser entlohnt seien wie z. B. in den 80er Jahren, doch stehe dies in keinem Verhältnis zur Vertheuerung der Lebensmittel, Mietpreise u. Redner gibt dann die Verhältnisse der Uhrkassenschreiner aus den anderen Schwarzwaldborten bekannt und gelangt zu dem Resultat, daß die Lage in Billingen die schlechteste sei. Da in dieser Branche bei gutem Geschäftsgang auch Ueberstunden gemacht werden, so fordern dieselben einen Lohnzuschlag von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Ebenso die Ausarbeitung und Aushängung eines Lohnkassens, auch soll Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich auf einen frischen Artikel einarbeiten müssen, die ersten 14 Tage der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden. Diese drei Forderungen sind auch gestellt von den Uhrarbeitern und begründet diese der dritte Referent wie folgt. Da in der Uhrindustrie los bei gutem Geschäftsgange, d. h. vom Oktober bis Weihnachten Ueberstunden gemacht werden müssen, also zu einer Zeit, wo viele Stunden bei Nacht gearbeitet werde, so sei dies schon sehr schädlich für die Augen, da das meiste Material blank, d. h. polirt sei. Dazu komme, daß der Arbeiter, wenn Ueberstunden gemacht werden, auch etwas versperrt müsse, laufe er sich nun eine Flasche Bier oder etwas Wurst, so sei der momentane Gewinn, wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann, auf Seiten des Arbeiters sehr klein. Einen Gewinn hat aber der Arbeiter insofern gar nicht, weil er bei dem guten Geschäftsgang über Gebühr angepannt wird. Die Folge davon ist, daß gewöhnlich bei schlechtem Geschäftsgang abgezogen wird und der Arbeiter dann schufen und sich schinden muß, um nur Etwas zu verdienen. So sieht wir hier, daß tagtäglich 30—40 Mann nach dem eine Stunde von hier befindlichen Schwenningen gehen und in den dortigen Uhrwerkstätten arbeiten. Vor 15 bis 20 Jahren war das Umgekehrte der Fall. An diesem Zustand ist aber auch viel die Interesselosigkeit der Arbeiter schuld, ebenso aber auch das oft ganz unkollegiale Verhalten derselben. So gibt es leider noch viele Arbeiter, die eine Freude haben, wenn es dem Nebenarbeiter schlecht geht, d. h., wenn ihn die Maschine „fucht“. Ebenso gibt es auch noch Schufte genug, die, wenn sie merken, daß Einer auf einem Artikel noch etwas verdient, hingehen und sich erlauben, die Arbeit billiger zu machen,

Aber auch die Hausindustrie trägt viel dazu bei, denn was hier bezahlt wird — meistens betrifft es Frauen — ist ein wahrer Skandal. So kommt z. B. beim Spindelsteden eine Frau (in den meisten Fällen müssen die Kinder auch noch helfen) pro Tag auf 60 höchstens 80 J. Was nun die anderen Geschäfte, wie Schlosser, Mechaniker, Schmiede, Glockengießer betrifft, so werden hier sehr viele Ueberstunden gemacht. Die Arbeiter in diesen Geschäften halten es aber nicht für nötig, sich zu organisieren, denn von sämtlichen oben angeführten Berufen sind 2 Mann im M.-B. Die Ausarbeitung und Aushängung eines Lohnzettels begründete Redner damit, daß zwei Arbeiter den gleichen Artikel machten, der eine erhielt aber 2 J mehr als der andere. Ueberhaupt wisse ein Neucintretender selten, was für den oder jenen Artikel bezahlt werde. Daß dies die Fabrikanten zu ihrem Vorteil benutzen, liegt auf der Hand. Die Festsetzung eines Anhangsminimallohnes sei notwendig, damit der betreffende Arbeiter in der Lage sei, Kost und Logis zu zahlen. Jetzt sei es dem Neuanfänger nicht möglich, seinen Verpflichtungen nachzukommen, da er sofort Akkordarbeit bekommen und sich gewöhnlich erst einschaffen muß. Dadurch ist es aber so weit gekommen, daß der Arbeiter oft mit knapper Noth ein Kosthaus erhält; er muß erst noch einen Guthaben vom Fabrikanten mitbringen und wird ihm dann das Kostgeld an seinem Lohne abgezogen. Eine Fabrik muß aber schlecht dabei gefahren sein, denn dieselbe will keine Guthabe mehr hergeben. Daß die 3. Forderung sehr berechtigt ist, dafür nur zwei Beispiele. Ein Arbeiter, der die Arbeit zum ersten male machte, fertigte pro Tag 600 Stück. Für 100 Stück erhielt er 10 J. Nach 3 Tagen hatte er auf dem Artikel keine Arbeit mehr und wurde an eine Revolverbank gestellt. Hier dauert es aber schon ein paar Wochen, bis Einer die Arbeit los hat. Der Zweite mußte in einer Vernicklerei ausshelfen und verdiente M 5,60. Am Zahltag sollten ihm aber M 5,70 für verdorbene Waare abgezogen werden, der Arbeiter hätte also noch 10 J mitbringen sollen. Doch der Fabrikant ist so „tolerant“ und zieht es ihm nach und nach ab. Ein großer Mißstand sei es ferner, daß der Arbeiter außer Stahl, Zangen, Feilen usw. auch noch Bestandtheile kaufen müsse, die so notwendig zu einer Uhr sind, wie nur etwas. An der sich an die Meisterate knüpfenden Debatte beteiligten sich viele der Anwesenden. So wurde von einem Redner darauf hingewiesen, daß hier noch ein Geschäft existirt, das 14tägig Zahltag habe; es komme da oft vor, daß ein Neucintretender 3 Wochen warten müsse, da die erste Woche als „Garantie“ stehen bleibt. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: I. „Die heute im Einzelhaale von ca. 350 Personen besuchte Versammlung der Arbeiter der Holz- und Metallbranche ist mit den Meistern einverstanden und ernannt eine 3gliedrige Kommission aus verschiedenen Branchen, die im Auftrage der Versammlung an die Fabrikanten nachstehende Forderungen zu stellen hat: 1) 5 J Lohnzuschlag für Ueberstunden bei Akkord- und Tagelohnarbeit für Arbeiter und Arbeiterinnen. 2) Festsetzung und Aushängung eines Lohnzettels in den Werkstätten. 3) Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich auf einen neuen Artikel einarbeiten, erhalten die ersten 14 Tage den ortsüblichen Tagelohn. — Die Versammlung erblickt in diesen minimalen Forderungen eine kleine Besserung der Lebenshaltung der hiesigen Arbeitererschaft und erhofft von den Herren Fabrikanten das beste Entgegenkommen.“ II. „Die heutige allgemeine Arbeiterversammlung erachtet es für ihre Pflicht, die gewerkschaftlichen Organisationen nach Kräften zu fördern. Die Anwesenden verpflichten sich auch, denselben in Massen beizutreten, da nur durch starke Organisation feste Löhne und geregelte Arbeitszeit gehalten werden können.“ — Mögen die Arbeiter dies beherzigen und auch darnach handeln, dann werden auf dem Schwarzwalde bald andere Zustände herrschen.

Fittau. Seit sieben Wochen sind nun die Schleifer der Phänomenfabrikwerke im Ausstand. Dieselben suchten mit Herrn Hiller Verhandlungen anzuknüpfen, derselbe lehnte jedoch das Gesuchen darum ab mit der schriftlichen Erklärung, daß Jeder für seine Person um Wiedereinstellung nachsuchen solle; es seien schon sämtliche Schleifplätze besetzt und könne er deshalb keinem der Schleifer sofortige Einstellung in Aussicht stellen, später sei es nicht ausgeschlossen. Also demit die Firma die Schleifer auszuheuern. Ehe Herr Hiller den Schleifern Lohnabzüge von 10—30 Proz. macht, möchte er doch auch überlegen, ob es nicht angezeigt wäre, seine Repräsentationskosten etwas einzuschränken. — Am letzten Sonntagabend verübte man noch den Streich, unsere Bevollmächtigten, der Vorarbeiter in der Werkzeugmacherei war, zu maßregeln, mit der Begründung: Sie können Politik treiben, welche Sie wollen, aber Sie konzentren mit Leuten, die von uns entlassen sind und das ist mit der Stellung, die Sie bei uns einnehmen, nicht vereinbar. Wie notwendig die Firma aber Werkzeugschlosser braucht, das ersehen wir aus einer Anzeige in den Chemnitzer Kreuzen Nachrichten, wo sie deren zwei sucht. Wir bitten deshalb den Zugang von Werkzeugschlossern und Schleifern fernzuhalten.

Zwickau. Am 9. September fand im Selbstere eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Genosse Goldstein sprach über die wichtigste Aufgaben Kampfe der Arbeiterklasse und berührte den Fortschritt in Leipzig, sowie den Streik in Düsseldorf. Zum Punkt: Wie verbessern die Metallarbeiter ihre Lage am Orte? ergriß Kollege Winter das Wort und führte aus, daß die Kollegen der verschiedenen Berufe sich mit Material an den Bevollmächtigten wenden möchten, damit auf Grund dessen Mittel und Wege beraten werden, wie eine Besserstellung der Lage der Metallarbeiter am Orte zu erreichen sei. Vor allen Dingen sei aber der Anschlag an eine moderne Arbeiterorganisation notwendig und forderte der Bevollmächtigte die anwesenden unorganisierten Kollegen auf, sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen. Zum Schluß wurde an Stelle der früher gewählten nicht funktionierenden Agitationskommission eine andere gewählt, bestehend aus den Kollegen Hans u. Clara, Plempner, J. Drechsler, Jorner und Paul Wolf, Schmidt.

Schläger.

Schlagener. Wegen Polizeibewegung ist Zugang von Schlägern nach hier fernzuhalten.

Schmiede.

Erlangen. Die sämtlichen Schmiede (22 Mann) der Firma Fr. Dieb, Feilen- und Werkzeugfabrik, befinden sich seit 28. August im Ausstand wegen Nichtbezahlung folgen-

der Forderungen. 1. Aufhebung aller mit den Schmieden bestehenden Verträge (durch dieselben waren die Schmiede vollständig gebunden). 2. Abschaffung der Akkordarbeit. 3. Für Ueberstunden einen Lohnzuschlag von 20 Prozent. 4. Einen Minimallohn von 35 J per Stunde. 5. Freigabe des ersten Mai als Arbeiterfeiertag. 6. Vor- und Nachmittags je 1/4 stündige Vesperpause. 7. Freies Koalitionsrecht. — Anstatt zu bewilligen, verklagte die Arbeiter wegen Kontraktbruch und wurden auch sämtliche vom Gewerbegericht zur Strafe von je einem Wochenlohn verurtheilt. Gleichzeitig wurden jedoch auch die herüchzigten Verträge gerichtlich eingezogen. Nach berühmtem Muster verwickelte Herr Dieb die schwarze Liste an sämtliche Fabrikanten. Auch setzte er seinem Thun die Krone auf, indem er die Namen sämtlicher Streikenden in den Zeitungen veröffentlichte und erklärte, daß sie durch Stuttgarter und Eßlinger Genossen verhetzt worden seien und auf Kommando des Metallarbeiter-Verbandes in den Streik traten. Das ganze Auftreten Dieb's und auch andere Thatsachen lassen erkennen, daß er auf Kommando des Metall-Industriellen-Verbandes handelt. Die Streikenden stehen noch ebenso geschlossen wie am ersten Tag, sämtliche sind organisiert. Außer zwei „Schneidern“ fand Dieb noch keinen Erfolg. — Der Zugang von Schmieden nach Eßlingen ist streng fernzuhalten! Briefe sind zu richten an A. Huber, Gasthaus zum Hebstock.

Feilenhauer.

Chemnitz. Zu dem Feilenhauer-Ausstand bei Fomm ist zu bemerken, daß sich noch ein vierter Arbeitswilliger, der im Erzgebirge bisher selbstständig war, gefunden hat. Trozdem scheint es aber bei Fomm nicht gar zu gemüthlich zuzugehen, da schon Prügeln unter diesen sonst gleichwerthigen Brüdern vorgekommen sind. Nachdem Herr Fomm zweimal Artulare ausgesandt hat, benutzte er jetzt das Chemnitzer Tageblatt, um der Bürgererschaft zu zeigen, wie die Unternehmer von ihren Arbeitern terrorisirt werden. Dieses Schreiben ist zwar vom Obermeister Schmidt unterzeichnet, aber die Zunungsmeister können den wahren Sachverhalt doch nur von Herrn Fomm erfahren haben, da sie es ablehnten, in die Versammlung zu kommen, wo die Aushängung der F. hiesigen Arbeiter besprochen werden sollte. Das Geschreibsel lautet: „Zum Feilenhauerstreik. Die Feilenhauer-Zunung für Chemnitz und Umgebung sieht sich in Folge verschiedener unwahrer und entstellter Notizen der hiesigen „Volkstimme“ veranlaßt, der Bürgererschaft den richtigen Sachverhalt mitzutheilen. Die „Volkstimme“ nennt in ihrem Organ die streikenden Feilenhauer mit dem besser klingenden Namen: „Die ausgeperrten Arbeiter der Firma H. Fomm hier.“ Es handelt sich nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern um recht unqualifizierte Anmaßung der Gezellen, die über einen einzigen Mitarbeiter den Boykott verhängt haben, weil derselbe im Mai d. J. nicht mitgestreift hat. — Es wird deshalb von den Herren Gesellen der Firma H. Fomm einfach verboten, in betr. Schleiferei diejenigen Feilen schleifen zu lassen, die im eigenen Betriebe nicht alle geschliffen werden können, und das nennt die „Volkstimme“ den Leuten ihr gutes Recht. — Die Feilenhauer-Zunung hat nun ihrerseits in der am 3. August cr. abgehaltenen Versammlung beschlossen, keinen von den Streikenden in Arbeit zu nehmen, bis uns die Herren gütigst gestatten, unsere Arbeit da machen zu lassen, wo wir es für gut befinden. In Nr. 164 der „Volkstimme“ wird nun die etwas dreiste Behauptung aufgestellt, daß sich der Beschluß der Zunung auf die Dauer nicht aufrecht erhalten liege? Die Meister haben es sich stets angelegen sein lassen, in gutem Einvernehmen mit ihren Arbeitern zu bleiben, lehnen aber entschieden einen Einmischung in ihre Privatangelegenheit ab und werden so lange keinen der Fremden beschäftigen, bis die lächerliche Sperre, wie sie von den meisten der Gezellen selbst genannt wird, aufgehoben ist, alsdann wird kein Meister Anstand nehmen, die Leute sofort zu beschäftigen, sofern er Arbeit für sie hat. Chemnitz, den 31. August 1899. Die Feilenhauer-Zunung Chemnitz. J. A. F. A. Schmidt, Obermeister.“ Wenn es heißt, es handelt sich hier nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern darum, einen Mitarbeiter zu boykottieren, so ist hier der Wunsch der Vater des Gedankens; man möchte die Behörde schon machen, denn die Herren Meister sind in dem Wahn, die Zuschlagsvorlage sei schon Gesetz. Wenn Herr Schmidt sich herbeiläßt, nach dem von den Zunungsmeistern im Mai anerkannten Tarif zu bezahlen, dann haben die Chemnitzer Gezellen auch die bei Schmidt geschliffenen Feilen, ganz gleich, wer sie schleift, so lange es aber heißt: Schmidt bleibt Schmidt, werden die dort geschliffenen Feilen nicht gehauen. Wenn Herr Fomm jetzt immer schreibt, der Schleifer Albert solle boykottirt werden, so war F. es gerade, der das gewöhnlich hat, weil Albert im Mai ihm nicht genügend Feilen geschliffen hat. Was das Bestreben der Meister nach gutem Einvernehmen mit ihren Arbeitern betrifft, so sei darauf hingewiesen, daß Herr Fomm schon mehrere Male verjagt, den im Mai abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen. Wenn sich die Arbeiter Schreien geben lassen, ohne zu murren, und dann mit einem Vier Schnaps zufrieden sind, so mag ein Unternehmer darin wohl ein gutes Einvernehmen erblicken, aber kein gebildeter Mensch. Wenn F. heute behauptet, es sei in der Kommission nicht beschlossen worden, Schmidt'sche Feilen nicht zu hauen, so soll sein Gedächtniß etwas angefrischt werden. Gleich nach Beendigung des Streiks sagte F.: Bei dem . . . lag ich überhaupt keine Feilen mehr schleifen. Sieben Wochen darauf jagte F. eine Partie von ca. 2 1/2 Zentner Feilen zu Schmidt. Zwei seiner Arbeiter machten ihn darauf aufmerksam, daß sie Schmidt'sche Feilen nicht hauen würden. F. sagte: Ich denke, der Beschluß ist längst aufgehoben, wenn es aber so ist, lasse ich dort keine mehr schleifen. Auf dieses erneute Versprechen von Seiten Fomms wurde diese Partie anstandslos gehauen, 3 bis 4 Tage später wurde wieder eine Partie von circa 11 Zentner zu Schmidt geschickt, und als die Gezellen diese Feilen hauen sollten, verzweifelten sie es, weil sie ihr gegebenes Versprechen nicht brechen wollten. Als Herr Fomm nun sah, daß sich sämtliche Hauer und Schleifer mit den zwei Kollegen, die F. entlassen hatte, weil sie die bei Schmidt geschliffenen Feilen nicht hauen wollten, solidarisch erklärten, verlangte er 6 Wochen Frist, bis dahin würde er in der Lage sein, seine Feilen wo anders schleifen zu lassen. Die Arbeiter aber, durch das Nichthalten der Versprechungen Seitens des Herrn Fomm gemüthigt, verlangten, daß er es schriftlich gebe, bei Schmidt keine Feilen schleifen zu lassen,

worauf er erklärte: Ich kann arbeiten, bummelt Ihr nur. Auch Tags darauf ließ er sich in Verhandlungen nicht ein, sondern erklärte der Kommission: Immer bummelt Ihr, von Euch kommt keine mehr bei mir rein. Diesen Thatsachen gegenüber spricht die Zunung von „streikenden Feilenhauern“ und „recht unqualifizierten Anmaßungen“, ohne den wahren Gang der Sache zu kennen. Wenn F. nach zwei Wochen sämtliche Arbeiter bis auf 5, die sogenannten Heizer, wieder einstellen wollte, so glaubte er wohl — um seine eigenen Worte zu gebrauchen —: Wenn die Kerle acht Tage nicht arbeiten, haben sie auch nichts mehr zu fr. . . . Die Zunungsmeister sind wahrscheinlich der Meinung, wie Herr Fomm, daß die Streikunterstützung durch Bettelbriefe gesammelt werden muß; da sind sie natürlich im Irrthum. Alle Ausgeperrten gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an; also laßt Herr Fomm lange warten, bis der Hunger die Feilenhauer wieder in seine Fabrik treibt. Die auswärtigen Kollegen werden erjucht, nicht nur Chemnitz, sondern auch die nähere Umgebung zu meiden, dann werden die Meister bald in die Lage versetzt sein, ihren drakonischen Beschluß aufzuheben.

Rosenheim. Der Zugang von Feilenhauern fernzuhalten!

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.)

Abrechnung der Hauptkasse vom August 1899.

Einnahme: Kassenbestand vom Juli M 1,020,205,52. Von Kassen 150. Adershof 100. Alfeld 50. Altenburg 100. Altwasser 40. Annweiler 100. Aplerbeck 50. Bergedorf 50. Berlin IX 500. Bestungen 100. Beringen 100. Bismarck 180. Bochum 350. Bodensöhr 100. Bruckhausen 100. Dackau 400. Buschhütten 50. Camstadt 200. Cassel 150. Charlottenburg 200. Köln-Süd 200. Köln-Niehl 100. Costa 200. Cronenberg 80. Dahlhausen 13,60. Dessau 300. Dresden-Alstadt 300. Dresden-Neustadt 100. Düsseldorf 300. Durlach 100. Eferndörfe 10. Ehrenfeld 200. Gilpe 200. Giringhausen 150. Gisingen 100. Ellerbeck 200. Eßlingen 150. Fahrenbau 100. Fernersleben 300. Flensburg 600. Fürstentwale 125. Gaggenau 150. Gerresheim 100. Gevelsberg 200. Gohorf 50. Gorbitz 200. Groß-Anheim 200. Göttingen 150. Gummersbach 200. Hagsfeld 100. Halberstadt 125. Halle a. d. S. 200. Hamburg-Bilsharver 100. Hansen b. Offenbach 200. Hennes 100. Hirschberg 200. Homberg 80. Jena 100. Jüngelstadt 100. Kendenich 100. Kirchbitmold 50. Königsberg 300. Körtingsdorf 200. Kummerfeld 100. Nierenfeld 70. Lindau 50. Linden 300. Lollar 80. Magdeburg 100. Meißner 100. Memmingen 100. Mörzsch b. Karlsruhe 100. Mühlburg i. Baden 200. Neize 60. Neuz 200. Niederschönweide 100. Nürnberg 1200. Oberbil 80. Oberursel 100. Oehringen 50. Oßing 200. Ohle 80. Pankow 100. Plauen b. D. 80. Pörschappel 150. Preungesheim 50. Raudersacker 200. Rath 150. Ratingen 350. Regensburg 200. Roslau 80. Remscheid 200. Rentlingen 100. Rühlort 200. Saargemünd 100. Saarlautern 110. Schweinfurt 200. Siegen I 100. Sieglau 70. Speyer 100. Sprottau 80. Sürth 70. Tegel 200. Weddersleben 100. Weiskirchen 100. Weiden b. Köln a. Rh. 50. Weiskirchen 50. Weiskirchen 100. Würzburg 180. Zell 400. Zittau 60. Beitrittsgeld 1. Beiträge 559,80. Von Berufsgenossenschaften 85,71. Sonstige Einnahmen 23,42. Summa 1,038,179,05.

Ausgabe: Nach Albenrade M 60. Altna 100. Altdorf I 300. Altdorf II 200. Annen 100. Ansbach 100. Aue 100. Augsburg 200. Barop 50. Bergedorf 300. Berlin I 300. Berlin VI 200. Berlin X 500. Blankenloch 50. Brandenburg a. d. S. 100. Bries 100. Bürgel 120. Darmstadt 150. Deuben 100. Düsseldorf-Zhewissen 50. Ehrenfeld 220. Eller 120. Ehenroth 30. Freiburg i. B. 150. Friedrichsdorf 50. Gassen-Sommerfeld 60. Gera 80. Glashütte 100. Gleiberg 100. Gmünd i. Württemberg 80. Gröningen 80. Groß-Oftersleben 100. Hagen 100. Haspe 100. Hilden 50. Höchst a. M. 200. Höhenberg 100. Hohenhausen 300. Leipzig-Gutritsch 150. Meuselwitz 100. Mey 100. Mühlheim a. M. 160. Naumburg 75. Neckarau 150. Neheim 150. Neuwied 80. Nippes 100. Nowawes-Neuen-dorf 100. Oberbil 200. Oerchau II 150. Oberpester-witz 100. Ostersheim 50. Pieschen 300. Plagwitz 600. Recklinghausen 50. Rheidt 200. Rütterscheid 150. Schladen a. S. 80. Schlattenbach 50. Schramberg 300. Seidenheim 120. Sterkrade 60. Stuttgart-Stöckach 150. Stryum 200. Uedermünde 50. Urberach 50. Wasseralfingen 150. Wertheim 60. Wörlingen 150. Zuffenhausen 100. Krankengeld an: A. Blank, Bismarck 11,10. F. Dieb, Sinn bei Wiesbaden 16,10. W. Früh, Urfos 13,80. F. Gahner, Krailing 11,10. D. Gercklos, Hausdorf 39,20. G. Jacobs, Lempe 20,70. G. Kießling, Ghrasdorf 9,20. F. Meier, Bernack 39,10. G. Kießling, Dackau 29,60. G. Dehm, Dellingen 13,80. D. Oskwald, Rippicha 51,80. G. Pieplow, Wismar 69. H. Plötner, Schaffhausen 22,40. H. Rosalsti, Dahlhausen 11,50. H. Rose, Lima 22,20. M. Schmidt, Zabrze 69. F. Schwarz, Wolfes 27,60. G. Sprenger, Meercane 82,80. G. Vogelbacher, Oberhausen 23. G. Wittig, Beauregard 18,40. Kitz- und Verpflegungskosten für G. Meierhauer, Schömberg 83,25. Gehälter der Hauptverwaltung 1160. Vergütung an die 4 Beisitzer des Vorstandes 74,10. An den Vorsitzenden der Revisionskommission 85. 1/2-jährige Bureauicthe 225. Porto, Schreib- und Postmaterial 305,06. Summa 12,218,81.

Bilance.
Einnahme 1,038,179,05 M
Ausgabe 12,218,81 „
Kassenbestand 1,025,960,24 M
*
G. Gutenuß, Hauptkassirer.

Druckfehler-Sichtigung. In der Juliabrechnung in Nr. 34 der „Met.-Ztg.“ muß es in der Ausgabe heißen: Meißner 220 statt 200.
G. Gutenuß.

Rundgebung der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.

Die Bildung von Lokalkommissionen macht nur sehr bescheidene Fortschritte. Die baugewerblichen Arbeiter der Ostprovinzen, Posen, Ost- und Westpreußen, zeigen hier auch wieder die für die Unternehmer so bewährte Unentschiedenheit. Danzig und eine Reihe anderer Orte weichen mit zäher Ausdauer eine Sitzung mit der Zentralkommission zurück. In Pommern und Mecklenburg haben wir nur minimale Erfolge zu verzeichnen. Schlesien, das Mutterland der Unternehmerruthlosigkeit und der christlich-sentimentalen Unterordnung, zeigt erst in der letzten Zeit (mit Ausnahme von Oberschlesien) eine größere Theilnahme für unsere Sache. Die Unfallstatistik der Schlesisch-Posenschen Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft legt von der Gleichgültigkeit und dem Stumpfsein der großen Masse der Arbeiter Zeugnis ab. Selbst für die schon mehr politisch entwickelten preussischen Provinzen, wie die Rheinlande, Westfalen und Hannover, ergeben sich für die baugewerblichen Arbeiter in Bezug auf die Durchführung der Kongressbeschlüsse nicht „unbedeutende Schwierigkeiten“. Doch soll hier zugestanden werden, daß einzelne Orte als rühmliche Ausnahmen die Hoffnung erwecken, daß die Dinge auch mal anders werden können. In den Provinzen Sachsen und besonders in Brandenburg haben wir in der letzten Zeit größere Erfolge zu verzeichnen. An der Spitze unserer Bewegung in Preußen marschirt die Provinz Schleswig-Holstein.

In den Kleinstaaten Mitteldeutschlands scheint in einem großen Theile der baugewerblichen Arbeiter der pessimismus zur Frage des Arbeiterschutzes wahre Organe zu sein. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn das Unternehmertum so gleichgültig mit den Arbeiterkämpfen umgeht. Die weitgehende Entwicklung unserer Bewegung finden wir zur Zeit in Schleswig-Holstein, Hamburg, Königreich Sachsen und Großherzogthum Baden. Lübeck ist erst in den letzten Wochen in Thätigkeit getreten. In Bremen mögen die Wohnkämpfe der baugewerblichen Arbeiter ein dahingehendes Vorgehen nachtheilig beeinflusst haben. Eine Lokalkommission besteht zur Zeit dort noch nicht. Was für Bremen gilt, trifft auch auf eine stattliche Zahl anderer Orte zu. In der kalten Realität der wirtschaftlichen Kämpfe werden sich immer die materiellen Fragen, wie Löhne u.s.w., in den Vordergrund drängen, und der Arbeiterschutz wird leider, wie Karl Marx schon so treffend der englischen Bourgeoisie zum Vorwurf macht, „wie ein alter Troddel hinterher traben müssen“. Unsere Arbeitsgenossen im Großherzogthum Oldenburg zeigen bis jetzt in überwiegender Zahl wenig Verständnis für unser Vorgehen. Diefelben verwandtschaftlichen Seiten ergeben sich etwas mehr abgeklärt in dem Großherzogthum Hessen-Darmstadt. In Württemberg ist in den letzten Wochen ein erfreulicher Umschwung eingetreten. Die größte Rückständigkeit im Verhältnis zu der Unfallstatistik zeigt Bayern. Hier bedarf es entschieden für die Zukunft einer regen Agitation unter der baugewerblichen Arbeiterschaft, um dem Arbeiterschutz eine andere Gestalt zu geben.

Als ein bemerkenswerther Fortschritt ist die Wahrnehmung zu verzeichnen, daß durchschnittlich die kleineren Orte sich zahlreicher betheiligen, als zu erwarten war; hieraus wird für uns neues Material resultiren. Was sich hier von den kleinen Orten anführen läßt, trifft leider, so weit die einzelnen Berufe in Betracht gezogen werden, nicht zu. Die kleineren baugewerblichen Berufe zeigen ein eifrigeres Streben für die Sache nicht, wie es erwartet werden müßte. Im Vordergrund der Bewegung stehen nicht allein im Verhältnis zu der Stärke der Organisirten, sondern überhaupt die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Die größten Klagen über die Gleichgültigkeit werden gegen die Bauknechte und Dachdecker erhoben, wo die Unfälle sich zu einem Unfall-Norden entwickelt haben. Auch unsere Freunde in den Kreisen der Organisation der Maler machen wir auf die Gefahren, die in Bezug der immer mehr zur Anwendung kommenden sogenannten Patentleitergeräthe entstehen, aufmerksam.

In Bezug der Kontrolle der Beauftragten der Berufsgenossenschaften ist darauf aufmerksam zu machen, daß bestimmte Verpflichtungen der Beauftragten von uns oft übersehen werden, die für den Arbeiterschutz von nicht untergeordneter Bedeutung sind. In dem § 85 Abs. 2 des Unfallversicherungsgesetzes heißt es: Die Beauftragten sind verpflichtet, den nach Maßgabe des § 139b der Gewerbeordnung bestellten staatlichen Aufsichtsbeamten (Gewerbeinspektoren) auf Erfordern über ihre Ueberwachungsstätigkeit und deren Ergebnisse Mittheilung zu machen, und können dazu von dem Reichsversicherungsamt durch Geldstrafen bis 100 M. angehalten werden.“ Diese Bestimmung hat keine Gültigkeit für die fiskalischen Betriebe; die Baugewerkschaftsgenossenschaften sind diesen Bestimmungen unterworfen. Hiernach hat die Gewerbeinspektion einen indirekten Einfluß auf die Ueberwachung der Baubetriebe. — Zu § 120a bis § 120e der Gewerbeordnung steht heute schon dem Gewerbeaufsichtsbeamten eine Kontrolle in den Bauten zu, was durch Kommentar von dem Geh. Oberregierungsrath Dr. L. Wilhelm ausdrücklich und wiederholt anerkannt wird und hierzu auf den preuß. Ministerialerlaß vom 23. Oktober 1894 hinweist.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben also einen indirekten Einfluß auf die Ueberwachung des Arbeiterschutzes, wie Gerüste und Gerüst-Utensilien u. s. w., Koakskorb- und Fensterfrage; das Recht einer direkten Ueberwachung in Bezug der § 120a bis § 120e der Gewerbeordnung, wie Baubude und Abortsanlagen u.s.w. Diese beiden Faktoren müssen wir im Auge behalten und in den Dienst unserer Sache stellen. Die Vertrauenspersonen der Lokalkommissionen werden gut thun, hierzu die Herren Gewerbeinspektoren persönlich anzuregen.

Auch in dem Handwerkerorganisationsgesetz verdrängt sich ein Stückchen Arbeiterschutz, was besonders den Arbeitern der Kleingewerbetreibenden, wie Maler, Ofen-setzer, Klempner, Dachdecker, Steinmetzen und Bautischler u. s. w. zu Gute kommen kann. Die Unmühsamkeit in unseren Kreisen gegen die Zunftorganisation kann uns nicht verhindern auf ihre Bedeutung nach der Richtung aufmerksam zu machen. Ueberall, wo Rechte für uns vorhanden, müssen dieselben wahrgenommen werden. In der Novelle zur Gewerbeordnung (Handwerkerorganisationsgesetz) § 94 heißt es: Die

Zimmungen sind befugt, durch Beauftragte die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den zur Zimnung gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und den zur Unterkunft der Belegschaft bestimmten Räumen Kenntniß zu nehmen.“ Bezüglich der Auswahl der Personen zu den Funktionen der Beauftragten enthält das Gesetz keine Beschränkung. Eine Beschränkung, wie sie für die Beauftragten der Berufsgenossenschaften gesetzlich vorgesehen, findet nicht statt, ebensowenig gilt für sie die Verpflichtung der Geheimhaltung des Ge-seheneu. Die Fassung dieser Bestimmung ist insoweit in-torrekt, weil sie nicht klar die Rechte der Mitwirkung der Gesellen (Gehilfen) feststellt. Das wird auch von den Juristen zugegeben.

Hierzu greift aber der § 95 der Gewerbeordnung Abs. 2 ergänzend ein: „Der Gesellenauschuß ist bei der Regelung des BelegungsweSENS und bei der Gesellenprüfung, sowie bei der Begleitung und Verwaltung aller Einrichtungen zu betheiligen, für welche die Gesellen (Gehilfen) Beiträge ent-richten oder eine besondere Mahnwaltung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstüzung bestimmt sind.“

Hierzu ist der § 83 des Zimnungsgesetzes im Auge zu behalten, der die Aufgaben der Zimnung bestimmt. Die Auf-gaben der Zimnungen haben in dem neuen Gesetz eine Er-weiterung erfahren, die die Zünftler jedenfalls nicht ange-nehm berührt. Der § 83 Abs. 10 lautet: „Die Ueberwach-ung, der Beobachtung der für Beschäftigung der Gesellen (Gehilfen), Lehrlinge und Arbeiter u.s.w.“ Bisher bezog sich die Ueberwachungsbezugniß nur auf den Schutz der Lehrlinge, nunmehr auch auf die Gesellen und Arbeiter. In Betracht kommen für uns namentlich die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung § 120 bis einschließlich § 120e, damit ist die juristische Seite des Rechts der Mitwirkung begründet. Es wird für die Mitglieder des Gesellenauschusses weniger darauf ankommen, daß sie persönlich bei dieser Kontrolle thätig, sondern sie werden dafür zu sorgen haben, daß die Mitwirkung der Arbeiter überhaupt gesichert wird. Da, wo der Zimnungsvorstand dieses als sein Kompetenzgebiet be-trachtet, die Mitwirkung der Gesellen überhaupt zurückweist, ist der gesetzliche Refkurs bei der Aufsichtsbehörde anzustrengen.

Der § 94 Abs. 4 der Zimnungs-Novelle zur Gewerbe-ordnung verpflichtet die Beauftragten ebenso wie die der Berufsgenossenschaften, „den im § 139b der Gewerbeordnung bezeichneten Beamten (Gewerbeinspektor) auf Erfordern über ihre Ueberwachungsstätigkeit und deren Ergebnis Mittheilung zu machen.“ Also auch hier hat die Gewerbeinspektion einen indirekten Einfluß. Die Schattenseiten dieser sozialpolitischen Maßnahmen liegen bezüglichlich in dem Unfallversicher-ungsgesetz. „Die Zimnungen sind befugt, durch Beauftragte u.“ — wenn sie von dieser Befugniß keinen Gebrauch machen, so unterbleibt die Kontrolle wie Kenntnisaufnahme der zünft-lerischen Korruption. Um so mehr ist es deshalb Pflicht, wo die Wahl von einem Gesellenauschuß doch nun einmal nicht zu verhindern ist, Leute zu wählen, die auch in den Vor-standsitzungen der Zimnungen die Ausübung dieser Befugnisse verstehen, den Herren begreiflich zu machen. Nicht allein das. Auch die organisirte Berufsarbeiterschaft hat die Pflicht, den Gesellenauschuß nach der Richtung hin anzuregen.

In Bezug der Ausfüllung der Fragebogen macht die Zentralkommission darauf aufmerksam, die nöthigen Zahlen-angaben in den einzelnen Rubriken nicht zu vergessen, ebenso die beizufügenden Berichte gewissenhaft auszuarbeiten. Im Nebigen ist es sehr erwünscht, da, wo die Kontrolle sich vollzogen, den Fragebogen und Bericht sofort an uns ein-zufenden. Im Laufe des nächsten Monats beginnt der Ver-jaend der Fragebogen für die Winteraufnahme.

Zu der Sache „unserer Betheiligung an der Pariser Weltausstellung durch photographische Aufnahmen u.“ wäre es sehr zu wünschen, wenn die Berufsgenossen, besonders die der mittleren und größeren Orte, eine rege Thätigkeit entwickeln würden. Bei ein klein wenig Fleiß sind wir in der Lage, eine schöne Kollektion zu-sammenzustellen. Hier haben die Maler, Stukkateure und Ofen-setzer Gelegenheit, einmal zu zeigen, auf was für Ge-rüthen, Trittleitern u.s.w. sie oft arbeiten müssen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz. F. A.: G. Heine.

Abrechnung

über den Streik der Stahlformer (Hewaldtswerke) Ziels vom 17. Februar bis 1. Juli 1899.

Einnahme: Vom Hauptvorstand des Zentralvereins der deutschen Formner M 2210. Auf Sammellisten in den Giebereien am Orte 1414,84. Auf Sammellisten von Mitgliedern anderer Gewerkschaften am Orte 270,55. Aus der Arbeitslosenunterstützungskasse der Formner am Orte 189,50. Vom Reservefonds der Formner am Orte 102,75. Ueberschuß von einer Versammlung in Neumühlen 13,95. Von Ottilia aus Ratibor (Schlesien) 5,50. Von Kleemann aus Landskrona (Schweden) 5. Summa 4212,09.

Ausgabe: Streikunterstützung laut Kontrolllisten M 2930. Für 5 Monate Mietzuschuß 537,60. An 22 ab-gereifte Kollegen 216. An 29 zugereifte Kollegen Verpflegung und Heilgegeld 112,10. Besondere Unterstützung laut Ver-sammlungsbefehl 100. Für Depeschen, Papier und Porto 57,17. Für Drucksachen 38,80. Verwaltung Kiel, Dietrichs-borf und Fahrgelder 135,85. Revisionsunkosten 6,60. Summa 4134,12. Kassenbestand M 77,97.

Emil Rose, Kassirer.
Revidirt und für richtig befunden: Emil Steyer, Rudolf Bospich, Josef Bedtesser, Revisoren.

B e r i c h t i g u n g.

In der Abrechnung des Vertrauensmannes für Bran-denburg und Pommern (Nr. 32 d. „M.-Bzg.“) muß es unter Einnahmen auf Beitragsmarken zum Agitationsfond statt „Finsternwalde 1,60“ heißen: Fürstentwalde 1,60.

R u n d s c h a u.

Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt im August wieder ein überaus günstiges Gepräge, obwohl manche An-zeichen auf ein Weichen der Konjunktur schließen lassen.

Ohne Zweifel ist, wie die Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ ausführt, an der Börse eine gewisse Nüchternheit der Stimmung eingetreten. Die Bewegung an dem Markte der Industrieobligate hat ihren stürmischen Charakter verloren. Wohl mögen zu diesem Umschlag politische Gründe wie die Differenzen zwischen England und Transvaal, sowie Besorgnisse wegen der Gestaltung des Geldmarktes in erster Linie mitgewirkt haben, indessen ver-breitet sich auch die Ansicht mehr und mehr, daß die Dividendenresultate eine weitere Erhöhung der Kurse nicht mehr rechtfertigen, wohl aber ein Herabgleiten derselben nahe legen. Auch auf dem Arbeitsmarkte selbst macht sich theil-weise ein Nachlassen der lebhaftesten Nachfrage bemerkbar. So wird aus Oberschlesien berichtet, daß der Arbeitermangel nicht mehr so groß sei. Der Arbeiterbedarf in der Land-wirtschaft hat auch in allen Theilen des Reiches abgenommen und in vielen mitteldeutschen Bezirken hat die Konserbenindustrie zahlreiche Arbeitskräfte direkt freigelegt. Gegenüber solchen Symptomen, die auf eine unglückliche Veränderung im Wilbe des Arbeitsmarktes schließen lassen, fehlt es aber, namentlich im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, nicht an Erschein-ungen, die eine fortgesetzt lebhaftere Beschäftigung erwarten lassen. Daher gehören die Vorbereitungen verschiedener Eisen-bahndirektionen zur Bewältigung des in diesen Monaten zu erwartenden besonders starken Güterverkehrs. Auch der Um-stand, daß die fortgesetzten Preissteigerungen in der Eisen-industrie den Markt nicht lähmen, sondern die Nachfrage nur noch stürmischer gestalten, macht eine weitere Dauer vollster und angespanntester Thätigkeit wahrscheinlich. Die Arbeits-kräfte in der Eisenindustrie sind in der benötigten Zahl nicht zu beschaffen, Ueberstunden und Ueberbeschäftigung sind an der Tagesordnung. Aus dem Verkehre der Arbeitsnachweise ergibt sich im Allgemeinen noch immer das starke Vorwiegen der für den Arbeitsmarkt günstigen Momente. Auf 100 offene Stellen kommen im August dieses Jahres nur 92,6 Arbeit-suchende gegen 108,5 im August vorigen Jahres. Auch die Mitgliederbestände der Prerentkassen weisen auf eine etwas stärkere Zunahme der Arbeiter im August dieses Jahres gegen-über dem gleichen Monate des Vorjahres hin. Vom 1. August bis zum 1. September vermehrte sich in diesem Jahre die Zahl der Mitgliederbestände von 0,6 Proz. gegen 0,2 Proz. im Vorjahre. — „Der Arbeitsmarkt“ erscheint vom 1. Oktober ab als Halbmonatschrift im Verlage von Georg Reimer, Berlin.

Sächsishe Fabrikarbeiterzählung 1898. Nach der kürzlich erschienenen sächsischen Gewerbeaufsichtsstatistik unter-zustanden am 1. Mai 1898 der Inspektion 17.781 (im Vorjahr 17.354) Betriebe mit 501,677 (481,074) Arbeitern. Unter letzteren waren 1808 (1284) Kinder unter 14 Jahren, 36.966 (34.567) jugendliche von 14 bis 16 Jahren, sowie 147,516 (142.792) weibliche und 315,589 (302.431) männliche Er-wachsene. In der Metallindustrie wurden in 944 (894) Fabriken 156 (108) Kinder, 3295 (2964) Jugendliche, sowie 4461 (4152) weibliche und 24.973 (22.991) männliche Er-wachsene gezählt, während die Maschinenindustrie in 1372 (1286) Fabriken 248 (200) Kinder, 5870 (5138) Jugend-liche, 2807 (2478) weibliche und 65.424 (60.293) männliche Erwachsene umfaßte. Die Zunahme aller Betriebe und aller Arbeiterkategorien entspricht der Fortdauer der günstigen Konjunktur, die namentlich in der Maschinenindustrie anhielt und sich durch häufige Ueber- und Nacharbeit be-merkbar machte. Während aber die Arbeiterzahl nur um 4 Prozent stieg, nahmen die Unfälle um 9,5 Prozent (von 17.694 auf 19.372) zu; nur die tödtlichen Unfälle weisen eine Abnahme von 132 auf 124 auf. Das ist die Rehrseite der Medaille, — regere Beschäftigung, erkauft durch höheres Unfallrisiko! —

Wie die theuren Fleischpreise wirken, das lehrt die fortwährende Zunahme des Genusses von Pferde- und Hundfleisch. Dasselbe betrug in Chemnitz im Jahre 1894: 129,950 Kg., 1895: 112,720 Kg., 1896: 129,410 Kg., 1897: 152,890 Kg., 1898: 159,650 Kg. Seit 1895 stieg die Bevölkerungsziffer um 10,3 Proz., die Zunahme des Hunde- und Pferdefleischverbrauches betrug aber 41,6 Proz. Auch der Annaberger Inspektionsbericht stellt eine gleiche Zunahme fest. Lehrreich ist eine Statistik des Zittauer Berichtes für die Städte Zittau und Böbau. In Zittau betrug der Konsum pro Kopf der Bevölkerung:

	1896	1897	1898
Schweinefleisch	26,36	26,03	24,72
Rindfleisch	22,19	23,11	24,75
Kalbfleisch	6,94	6,67	6,88
Schafffleisch	2,31	2,46	2,34
Zickelfleisch	0,18	0,18	0,14
Pferdefleisch	—	0,47	0,53
in Böbau dagegen			
Schweinefleisch	45,00	37,02	34,87
Rindfleisch	19,10	20,20	21,72
Kalbfleisch	12,20	13,20	12,74
Schafffleisch (Zickel-)	2,30	1,30	1,61
Pferdefleisch	1,70	1,70	1,83

Der höhere Fleischverbrauch in Böbau rührt davon her, daß sich vielfach die Bewohner umliegender Dörfer in städtischen Läden ihr Fleisch kaufen müssen. Die Zunahme des Pferdefleischgenusses der Armuten ist also zahlenmäßig nachgewiesen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. S. B. Dieß, Verlag) ist soeben das 51. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gewerkschaften, Streiks, Streikvergehen und Zuchtstrafgesetz. Von C. Lepien. — Die oppositionellen Elemente und die Regierungspolitik in moder-nen Rußland. (Aus dem Russischen überetzt.) — Nach zwei Fronten. Eine Antwort an Rabi Lang und Sabi Gunter von Ed. Bernstein. — Charakteristik der Justizleute. Von Arthur Stadthagen. — Selbstanzeige: Der historische Mate-rialismus. Von L. Woltmann. — Notizen: Die russische Fabrik in Vergangenheit und Gegenwart. Nochmals der Alkoholmißbrauch. Von Max May. Deutschlands größte Anlage zur künstlichen Ausbreitung von Eiern. Von F. W. Grempe. — Familien: Herr Theodor Gildersbach's Scherzstück. Von Franz Jills-Bücher.

Soeben ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, der Arbeiter-Politik-Kalender für 1900 zum alten Preise von 60 Pfg. erschienen.

Briefkasten.

Yogelack. Wenn Schluß der Debatte beantragt wird, so ist nach der betr. Bestimmung einem Redner für und einem gegen den Antrag das Wort zu erteilen.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-V.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverkauf angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Jahen. Samstag, 23. September, in Schillings Lokal, Bergstraße 25.
Altenburg. Sonnabend, 23. September, Abends halb 9 Uhr, im „Lidol“.
Ansbach. Samstag, 23. September, im „Goldenen Tisch“.

- Karlsruhe. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Samstag, 23. September, Abends 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße 2. Vortrag.
Kaufbeuren. Jeden 1. Sonntag und 3. Samstag im Monat, im „Engel“.
Tegern. Am 30. September, im „Preussischen Hof“.

Gründungsfeiern der freien Turnerschaft Mittags im Schweizerhof, Abends im Darmstädter Hof zu betheiligen.
Gledsior. Unser Verbandeslokal befindet sich jetzt bei Schläfer. Das Mitgliedsgeld wird bei H. Pohse, Langestraße 7, ausbezahlt.

Gestorben.

In Bodenheim am 16. September der Spengler Otto Schweiguth, 31 Jahre alt, an Nierenleiden.
In Nürnberg am 11. September der Schmied Joh. Brandl, 31 Jahre alt, an der Prostatierkrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

Zittau. Sonntag, 23. September, Abends halb 9 Uhr, in der „Guten Quelle“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.
Tegern. Sonntag, 1. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in den „Drei Bergen“.

Privat-Anzeigen.

Görlitz.

Empfehle den Verbandskollegen mein Lager in festen Arbeitshosen in verschiedenen Qualitäten, blauen Anzügen, Hemden, Unterhosen u. s. w.
Wilhelm Schmidt, Landeskrankenstraße 27, v.

Härtezeuge für Feilen.

mit welcher man Feilen taubeslos gerade, auch wenn sie so dünn wie ein Sägeblatt sind, bequem härten kann, offeriert à Stück Lit. 4.50 franco der Nachnahme.

Quittungs-Marken u. Karlsruher-Stempel. Liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine. Jean Holze, Karlsruhe, Gr. Drebbahn 45.

Infolge anderweitiger Unternehmungen ist eine seit Jahren mit bestem Erfolge betriebene

Nähmaschinen- und Fahrradhandlung

in einer aufblühenden Industriestadt Württembergs sammt Wohnhaus sehr preiswerth zu verkaufen. Das Anwesen ist zweistöckig, enthält großen Laden und neu aufgebaute schöne Werkstätte.

Die Hilfe. National-sozial! Postbezug: vierteljährlich 1.50 M.